



THEMEN

- [Dienstrecht](#)
- [Gleichstellung](#)
- [LSVD Aktionstag](#)
- [Wahlprüfsteine 2011](#)
- [Bodenseetreffen 2011](#)
- [Neue Homepage](#)
- [Gespräch Innenministerium](#)
- [National / International](#)
- [Termine](#)

DIENSTRECHT

Antrag der Fraktion GRÜNE v. 16.12.2010; Drs 14/7369

Notwendige Korrektur des Dienstrechtsreformgesetzes hinsichtlich der Gleichstellung von Beamtinnen und Beamten in eingetragenen Lebenspartnerschaften

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen,

unter Beachtung der Urteile des Bundesverwaltungsgerichts (Az. 2 C 10.09/ 2 C 21.09) vom 29. Oktober 2010 das Dienstrechtsreformgesetz umgehend zu ändern und die in eingetragener Lebensgemeinschaft lebender Beamtinnen und Beamten in die ehebezogenen Regelungen des Beamtenrechts einzubeziehen und somit rechtlich gleichzustellen.

16.12.2010

Kretschmann, Lösch, Sckerl, Oelmayer und Fraktion

Begründung:

Unmittelbar nachdem der Landtag am 27. Oktober 2010 das Dienstrechtsreformgesetz (DRG) unter Ablehnung des von den Fraktionen SPD und GRÜNEN gestellten Änderungsantrages (Drs.14/7100-4) zur beamtenrechtlichen Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften verabschiedet hatte, stellte das Bundesverwaltungsgericht am 29. Oktober 2010 mit zwei gleichlautenden Urteilen (BVerwG 2 C 10.09 und 2 C 21.09) klar, dass Beamtinnen und Beamte, die in einer eingetragenen Lebensgemeinschaft leben, Anspruch auf Zahlung des Familienzuschlags der Stufe 1 gemäß § 40 Absatz 1 Bundesbesoldungsgesetz (BbesG), sog. Ehegattenzuschlag, haben und diesen rückwirkend bis Juli 2009 geltend machen können.

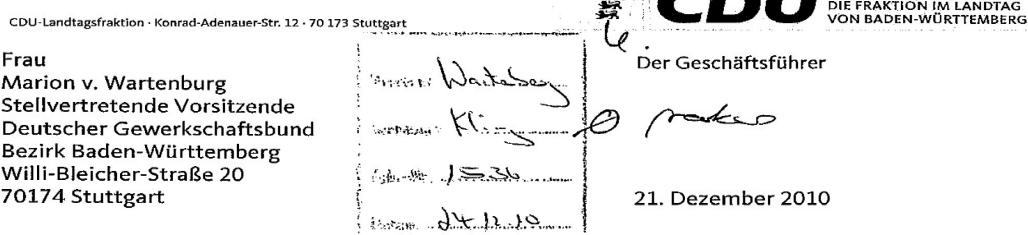
Mit Beschluss vom 7. Juli 2009 (1 BvR 1164/07; DVBl 2009, 1501) hat der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts beschlossen, dass im Bereich der betrieblichen Hinterbliebenenrente für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes eine Differenzierung zwischen Ehegatten und Lebenspartnern einer Rechtfertigung entbehrt und daher einen Verstoß gegen das Grundrecht auf Gleichbehandlung nach Artikel 3 Abs. 1 GG darstellt. Das Bundesverfassungsgericht erklärte das sogenannte "Abstandsgebot zwischen Ehe und Lebenspartnerschaften" für verfassungsrechtlich nicht begründbar. Aus dem besonderen Schutz der Ehe sei es nicht abzuleiten, dass andere Lebensgemeinschaften im Abstand der Ehe zu gestalten sind und mit geringeren Rechten zu versehen.

In Übereinstimmung dazu entschied das Bundesverwaltungsgericht weiter mit Urteilen vom 28. Oktober 2010 (Az. 2 C 56.09/2 C 52.09), dass in eingetragener Lebenspartnerschaft lebende Beamtinnen und Beamte einen Anspruch auf einen erhöhten Auslandszuschlag gemäß § 53 Absatz 2 BBesG und die entsprechende Aufwandsentschädigung haben.

Dass die beamtenrechtliche Gleichstellung von Beamtinnen und Beamten in eingetragener

Lebensgemeinschaft legislativ erfolgen muss, ist zwingende Folge dieser Rechtsprechung. Aus diesem Grund fordert die Fraktion GRÜNE abermals die Landesregierung auf, das Dienstrechtsreformgesetz entsprechend anzupassen und die eingetragene Lebenspartnerschaft rechtlich hinsichtlich der ehebezogenen Regelungen des Beamtenrechts mit der Ehe gleichzustellen.

Quelle: GRÜNE



**Gleichstellung von Beamtinnen und Beamten in eingetragener Lebenspartnerschaft
Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 28. Oktober 2010**

Sehr geehrte Frau v. Wartenberg,

für Ihr Schreiben vom 1. Dezember 2010, in dem Sie die Gleichstellung von Beamtinnen und Beamten in eingetragenen Lebenspartnerschaften ansprechen, danke ich Ihnen.

Die Forderung nach einer Gleichstellung im Bereich der beamtenrechtlichen Alimentation ist im Gesetz zur Reform des Dienstrechts nicht berücksichtigt. Die CDU-Fraktion hat mit großer Mehrheit beschlossen, keinen Antrag zur Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften zu stellen. Mit ein Grund für diese Entscheidung war auch ein Prüfauftrag an die Landesregierung mit dem Inhalt ein Rechtsgutachten zu der Frage der Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe im Bereich der Besoldung und Versorgung zu erstellen. Das Rechtsgutachten hat die Rechtslage sowie das Pro und Contra detailliert dargestellt.

Angesichts der nicht eindeutigen Verfassungsrechtslage ist eine vollständige Gleichstellung im Beamtenrecht rechtlich nicht zwingend geboten. Es kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, dass das Bundesverfassungsgericht künftig eine vollständige Gleich-

Bearbeiter:
Dr. Arndt Möser
Parlamentarischer Berater
stv. Geschäftsführer

Telefon 0711 / 2063 - 853
Telefax 0711 / 2063 - 844
E-Mail arndt.moesser@cdu.landtag-bw.de
Internet www.fraktion.cdu.org

stellung eingetragener Lebenspartner auch für die beamtenrechtliche Alimentation für geboten erachten könnte. Insoweit wäre es verfehlt, einer möglichen künftigen Rechtsprechung vorzugreifen.

Die Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts vom 28. Oktober 2010 ändern an diesem Sachverhalt nichts Grundsätzliches. Auch wenn davon ausgegangen werden kann, dass die Verwaltungsgerichte in anhängigen Verfahren nunmehr im Zweifel den Entscheidungen des BVerwG folgen werden, ist darauf hinzuweisen, dass beim Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerden zum Thema Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften im Bereich der beamtenrechtlichen Alimentation anhängig sind. Eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über diese Verfassungsbeschwerden ist in jedem Fall noch abzuwarten, zumal sich daraus gegebenenfalls weitere Erkenntnisse über eine etwaige Rückwirkung ergeben könnten. Überdies hätte das Bundesverfassungsgericht selbst die Möglichkeit, seine bisherige Rechtsprechung zum Thema Gleichstellung eingetragener Lebenspartner im Bereich der beamtenrechtlichen Alimentation zu ändern.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen mit diesem Schreiben die Sach- und Rechtslage etwas transparenter machen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Thilo Traub

GLEICHSTELLUNG

Keine Verpartnerung im Standesamt - Heribert Rech gegen das Votum des Städtetags

Das Innenministerium in Baden-Württemberg weigert sich, dem Votum des Städtetages zu folgen und die Zuständigkeit für die Beurkundung von Eingetragenen Lebenspartnerschaften den Standesämtern zu übertragen. Das geht aus einem dem LSVD vorliegenden Schreiben von Heribert Rech an den Vorstand des Städtetages vom 5.12.2010 hervor. Dazu erklärt Manfred Bruns, Sprecher des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD):

Wieder einmal hat sich die Regierung in Baden-Württemberg offen zu ihrer homophoben Gesetzgebung bekannt: „nicht sinnvoll“ das ist der einzige Kommentar, der Baden-Württembergs Innenminister Heribert Rech zu der Forderung des Städtetages einfällt, die Zuständigkeit für die Beurkundung von Eingetragenen Lebenspartnerschaften den Standesämtern zu übertragen.

Der 180 Mitgliedsstädte umfassende kommunale Spitzenverband hatte das Innenministerium aufgefordert, die Landesgesetze dem bundesweiten Standard anzupassen und die Verantwortung für die Verpartnerung von Lesben und Schwulen auch in Baden-Württemberg dem Standesamt als fachlich zuständiger Behörde zu übertragen. Ausdrücklich verweist der Städtetag in seinem Brief vom 16. November 2010 auf die Chance, damit den Verwaltungsaufwand, die Kosten und die Belastungen für die Kommunen zu reduzieren.

Seit 2009 gilt bundesweit ein Personenstandsrecht, nach dem einheitlich die Standesämter für die Begründung einer Eingetragenen Lebenspartnerschaft zuständig und die Kosten vereinheitlicht sind. Nicht so in Baden-Württemberg und Thüringen, dort wurde die vorgesehene Gleichstellung verweigert und von der Länderöffnungsklausel Gebrauch gemacht. Während Thüringen heute die Anpassung zum Januar 2011 vorgenommen hat, gefallen sich die Regierenden in Baden-Württemberg offenbar darin, die Allerletzten zu sein.

Quelle: LSVD - Pressestelle

LSVD AKTIONSTAG

Aktionstag 2011

Lesben- und Schwulenverband
des Landesverbandes Baden-Württemberg



Samstag 05.02.2011

11:00 – 21:00 Uhr

Bürgerzentrum Stuttgart, Bebelstrasse 22

Als Auftaktveranstaltung zum Landtagswahlkampf 2011 veranstaltet der LSVD im Bürgerzentrum West in Stuttgart einen lesbisch-schwulen Aktionstag.
Das geplante Programm der Veranstaltung kann der nachstehenden Auflistung entnommen werden. Der Vorstand von VelsPol-BW e.V. wurde als Talk-Gast für die Abendveranstaltung eingeladen.

Zu dieser Veranstaltung sind alle VelsPol-BW e.V. – Mitglieder recht herzlich eingeladen.

Beginn	Ende	Was	Moderation/Referent/Gäste
11:00	12:30	Frühstückscafe – Gesprächsrunde Coming out – Wie out sind wir und wie ist die Akzeptanz von Homosexuellen in der Gesellschaft/Politik? als Regenbogenfamilie als Jugendlicher im Alter als Eltern	Pfarrer Eckhard Ulrich Koordinator der Aidsseelsorge in der Evang. Landeskirche Württemberg Heike + Malte (Regenbogenfamilie) Günther Oelberger (ältere Generation) Loni Bonifert (BEFAH Mutter) Pantelis Botsas (Migration) Andrea Lenz (jungere Generation) Jan/Holger (Regenbogenf.)
12:30	13:00	Pause	
13:00	14:00	Rechtliche – und Gesellschaftspolitische Situation von Schwulen u. Lesben in Baden Württemberg	Manfred Bruns Bundesanwalt a.D. am Bundesgerichtshof, Bundesvorstand des LSVD
14:00	15:00	Hirschfeld-Eddy-Stiftung: In 85 Staaten wird Homosexualität heute noch strafrechtlich verfolgt, in einigen Ländern der islamischen Welt mit Todesstrafe bedroht. Auch in Europa schlägt Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender (LGBT) mitunter noch Hass entgegen. Mutige AktivistInnen treten heute auf allen Kontinenten für die Menschenrechte von LGBT ein, machen deutlich, dass diese Rechte universell und unteilbar sind, dass LGBT-Rechte Menschenrechte sind. Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung unterstützt diesen Kampf durch konkrete Hilfe und Spendenaufrufe, Veranstaltungen im In- und Ausland sowie Informationsvermittlung an die Verantwortlichen der Auswärtigen Politik, der internationalen Zusammenarbeit und der Menschenrechtsarbeit.	Axel Hochrein ist Gründungsvorstand der Hirschfeld-Eddy-Stiftung, Bundesvorstand und Sprecher LSVD

15:00	15:30	Pause	
<hr/>			
Beginn	Ende	Was	Moderation/Referent
15:30	17:00	Regenbogenfamilien, ganz Normal und doch Anders: Die Ergebnisse der Studie des Bundesfamilienministeriums von 2009	Dr. Elke Jansen
17:00	18:00	Schwule Geschichte – Erzählt von Sascha Blättermann -Frauen sind sehr willkommen	Sascha Blättermann
<hr/>			
18:00	19:00	Pause	
19:00	21:00	Abendcafe – Homosexualität heute – Wie ist die gesellschaftliche und Politische Akzeptanz ?	Prof. Dr. Monika Barz (Kirche und Lesben) Michael Reiss (Landesvorsitzender LSU) Thomas Ulmer (Velspol-BaWü) Nadine Angerer (Torwart FussballNationalmannschaft) Balian Buschbaum (Sport) Ute Menges (IBM Diversity Management) Alfred Biolek Dr.Susanne Omran (Gleichstellungsbeauftragte-Moderation)
GANZTAGS		Ausstellung Foto Bilder	
GANZTAGS		BUCHERTISCH ERLKÖNIG (STGT)/	Erlkönig Thomas Ott

WAHLPRÜFSTEINE 2011

Für eine Gesellschaft ohne Homophobie: gleiche Rechte – gleiche Würde für alle Polizeibediensteten im Land Baden-Württemberg!

Im Vorfeld der Dienstrechtsreform in Baden-Württemberg wurde von Seiten unseres Mitarbeiternetzwerkes mit Vertretern der im Landtag vertreten Parteien gesprochen. Unsere Anliegen wurden zur Kenntnis genommen aber bei der Formulierung des neuen Dienstrechts nicht berücksichtigt.

Zur Wahlentscheidung unserer Mitglieder, Familienangehörigen und uns unterstützenden Kolleginnen und Kollegen wurde ein Fragebogen entwickelt der den Parteien in den nächsten Tagen zur Beantwortung übersandt wird.

Der Fragebogen und die Antworten werden auf unserer Homepage im Internet und per Newsletter veröffentlicht.

BODENSEETREFFEN 2011



Das Bodenseetreffen der Organisationen VelsPol-Bayern, VelsPol-BW, PinkCop (CH) und GayCopsAustria (A) findet in diesem Jahr vom 27. – 29. Mai 2011 in Lindau statt. Die Kollegen aus Bayern haben ein interessantes Programm ausgearbeitet, die Kosten und das Veranstaltungshotel werden demnächst veröffentlicht, den Termin bitte vormerken.

NEUE HOMEPAGE

Unsere Homepage wurde seit der Neugestaltung vor 2 Jahren über 3359 Mal angeklickt, dennoch benötigt unsere HP eine Überarbeitung bzw. Neugestaltung, diese Aufgabe hat unser Neumitglied Stefan übernommen. Mit der Neugestaltung ist voraussichtlich auch ein Providerwechsel zu einem günstigeren Anbieter verbunden.

GESPRÄCH INNENMINISTERIUM

Das seit mehreren Monaten immer wieder verschobene Gespräch beim Innenministerium findet nun am 25.01.2011 statt. Gesprächspartner wird u.a. der Landespolizeipräsident Dr. Hamann sein. Über den Verlauf und die Ergebnisse des Gespräches informieren wir in einem Sondernewsletter.

NATIONAL/ INTERNATIONAL

International:

Der Vorstand der EGPA erarbeitet derzeit ein neues Logo, dieses wird auf dem nächsten Boardmeeting in Zürich (März 2011) vorgestellt.

Am 12.02.2011 findet in Wien wieder der traditionelle Regenbogenball statt, Kollegen aus Bayern und Baden-Württemberg sowie aus der Schweiz werden wie im vergangenen Jahr gemeinsam mit den KollegInnen der GayCopsAustria daran teilnehmen. Nähere Informationen unter www.hosiwien.at/regenbogenball/. Bei kurzfristigem Interesse können durch Ewald noch

Übernachtungsplätze bei der Polizei in der Berggasse organisiert werden.

National:

In den nächsten Tagen erscheint der erste bundesweite Newsletter, dieser soll die Tradition des früheren Infomagazin PID (Polizeien in Deutschland) wieder aufnehmen. Der Newsletter wird auch jedem VelsPol-BW – Mitglied zugesandt.

Aus den Nachbarländern

Rheinland-Pfalz:

Roland von VelsPol-RLP wird in den nächsten Tagen vom Innenminister zum Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in RLP berufen.

TERMINE

Bitte beachten

Der nächste Stammtisch findet am 04.02.2011 wie immer um 20.00 Uhr statt.

Leider hat sich das 'Rubens' als ungeeigneter Ort für unseren Stammtisch erwiesen (zu laut, zu eng und Raucherbereich), bis zum nächsten Stammtisch wird eine neue Lokalität gesucht, die rechtzeitig veröffentlicht wird.

Weitere Stammtischtermine 2011:

04.02.2011; 11.03.2011; 01.04.2011; 06.05.2011; 10.06.2011.

Das Vorstandsteam

16.01.2011

Mitgliedsantrag

Aktive Mitgliedschaft
(nur Polizeibedienste)
 Fördermitgliedschaft

Name _____ Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Wohnort _____

E-Mail _____

Telefon ____ / _____ Jahresbeitrag **15,00 Euro**

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige Sie, den Mitgliedsbeitrag zu Lasten
meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Kreditinstitut _____

Datum, Unterschrift _____

ich überweise
auf das Konto VelsPol-BW e.V.
bei der VoBa Sindelfingen
Konto 412772000
BLZ 60390000

Die Satzung und Einzelheiten
zur Mitgliedschaft finden Sie
unter www.velspol-bw.de



[Regenbogenball 2011](#)

THEMEN

[Gespräch Innenministerium](#)

[Landtagswahl 2011 \(1\)](#)

[Landtagswahl 2011 \(29 Wahlprüfsteine\)](#)

[LSVD Aktionstag - Rückblick](#)

[Dienstrecht \(1\)](#)

[Dienstrecht \(2\) LBV](#)

[Gemeinnützigkeit](#)

[Regenbogenball 2011 Wien](#)

[Homophobie in der Polizei - Umfrage](#)

[National / International](#)

[Termine](#)

[Mitgliedschaft](#)

GESPRÄCH INNENMINISTERIUM

Das seit mehreren Monaten immer wieder verschobene Gespräch beim Innenministerium fand am 25.01.2011 statt. Gesprächspartner waren der Landespolizeipräsident Dr. Hammann (LPP) und der Inspekteur der Polizei Schneider sowie ein weiterer Vertreter des LPP.

PK Volker Bettermann stellte seine Diplomarbeit über Gewalterfahrungen von Schwulen in Baden-Württemberg vor. Aufgrund des Untersuchungsergebnis prüft das Landespolizeipräsidium nun ob und in welcher Form ein AnsprechpartnerIn für Lesben und Schwule in Baden-Württemberg eingeführt werden kann. Ferner zeigte die beschriebene Arbeit von VelsPol-BW e.V. und die Schilderungen von praktischen Beispielen, dass die Opferbetreuung in Baden-Württemberg erhebliche Defizite hat und in der Aus- und Fortbildung zukünftig stärker berücksichtigt werden sollte.

Aufgrund unserer langjährigen Forderung nach einem(r) AnsprechpartnerIn für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der Polizei wird nun der Grundstein für ein Diversity Management in der Polizei Baden-Württemberg gelegt. Hier werden wir uns natürlich mit unseren Vorstellung aktiv einbringen. Landespolizeipräsident Dr. Hammann konnte durch unsere Argumente überzeugt werden.

Nachstehende Themen wurden u.a. angesprochen, Uniformtrageerlaubnis bei nationalen und internationalen Konferenzen und Seminare, Berücksichtigung des Themas Homosexualität in der Polizeiausbildung, Werbung für VelsPol-BW e.V. an den Ausbildungsdienststellen, bei allen diesen Themen konnte eine Zustimmung erzielt werden.

Ferner wurden die Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der PD Böblingen (Infostand Hocketse Stuttgart 2010) und die Erfahrungen mit Einladungen von Vertretern verschiedener PD'en in BaWü angesprochen, in einem Fall geht der Landespolizeipräsident direkt auf den entsprechenden PD-Leiter zu.

LANDTAGSWAHL 2011 (1)

Am 15. März 2011 findet ab 10:00 Uhr im Gewerkschaftshaus des DGB in Stuttgart eine Podiumsdiskussion zum Thema `Quo vadis Beamte in Baden-Württemberg?` statt.

Podiumsteilnehmer sind Karl-Wilhelm Röhm (CDU), Claus Schmiedel (SPD), Hagen Kluck (FDP), Winfried Kretschmann (B90/Die Grünen) und Marion v. Wartenberg (DGB), Moderation Thomas Durchdenwald (Stuttgarter Zeitung).

Für die Teilnahme an der Veranstaltung ist eine Anmeldung bis zum 04.03.2011 notwendig, das Anmeldeformular kann unter vorstand@velspol-bw.de angefordert werden.

LANDTAGSWAHL 2011 (2) WAHLPRÜFSTEINE 2011

Von den angefragten 5 Parteien liegt jetzt die erste Antwort vor. Die Statements der Partei B90/ Die GRÜNEN können unter <http://www.velspol-bw.de/10.html> nachgelesen werden.

Statements der Parteien zu allgemeinen Polizeithemen sind auf unserer Homepage ebenfalls eingestellt.

LSVD AKTIONSTAG



Am LSVD-Aktionstag hat Vorstand Thomas Ulmer als Podiumstalker zum Thema 'Homosexualität heute- gesellschaftliche und politische Akzeptanz?' teilgenommen. An den verschiedenen Programm punkten haben über den ganzen Tag verteilt mehrere hundert Besucher teilgenommen.

Wie ist es mit der DIVERSITY „Vielfalt“ im Musterländle bestellt?

Und wie akzeptiert und toleriert die Landesregierung Ihre homosexuellen MitbürgerInnen ? Diesen Fragen ging der schwulLesbische Aktionstag vom 05.02.2011 nach.

Ein Bericht über Geschichte, aktuelle rechtliche Situation, Akzeptanz im Privaten und Beruflichen Umfeld.

Sascha Blättermann berichtet aus der Geschichte: Küssen, Umarmen und Händchenhalten, ebenso wie leidenschaftliche Liebesbekundungen wurden unter Männern bis weit in die frühe Neuzeit und oft sogar noch am Beginn des 20. Jahrhunderts als völlig normal empfunden. 1933 war Berlin eine Stadt mit vielen schwulen und lesbischen Kneipen, Nachtklubs und Cabarets, obwohl es eine juristische Verfolgung Schwuler und Lesben gab. Erst mit der Machtergreifung der NSDAP wurden Homosexuelle verfolgt, entehrt und ermordet. Viele Schwule und Lesben wurden in Konzentrationslagern vergewaltigt, gefoltert und ermordet. Bis zur Reform des § 175 im Jahr 1969 wurden Homosexuelle auch im Auftrag der Polizei beobachtet und verfolgt. Bis in die 70er wurden Homosexuelle als psychisch krank erachtet und teilweise auch in geschlossenen Anstalten ihrer Freiheit beraubt.

Schwule und Lesben werden auch heute noch diskriminiert und sind der Gewalt von Extremisten ausgesetzt. Nicht selten werden in Deutschland noch Homosexuelle zu Gewaltopfern. Einer Studie zufolge wenden sich nur 10 % der Gewaltopfer an die Polizei, was u.a. daran liegen könnte, dass schwule und lesbische PolizistInnen sich aus Angst vor Diskriminierung innerhalb der Polizei, nicht trauen. Im Herbst letzten Jahres wandte sich ein schwules Paar an den LSVD mit der Bitte um Hilfe. Sie

wurden während eines Spaziergangs in Stuttgart bedroht und baten die Polizei erfolglos um Hilfe. Durch mehr Toleranz und Akzeptanz anderen gegenüber und dem gelebten Diversity- „Vielfalt“ Gedanken könnte das Vertrauen z.B. zur Polizei hergestellt werden. Was sicher zur Prävention von Gewalttaten beitragen würde. Doch zunächst müsste das Land Baden-Württemberg als Arbeitgeber seine Bediensteten mehr wertschätzen und achten und die Vielfalt fördern.

Das Land Baden Württemberg als Arbeitgeber sollte ein Vorbild für die Wirtschaft sein, doch weit gefehlt. Es gibt in vielen Bereichen ein schlechtes Beispiel ab. Ein weltoffener, toleranter Umgang mit Menschen ist nur rudimentär vorhanden. Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes berichten, dass sie Angst haben sich zu outen, weil sie befürchten eine schlechte Beurteilung zu bekommen oder nicht befördert zu werden. Es werden z.B. Empfehlungen an Mitarbeiter gegeben sich von dieser oder jener Person fernzuhalten, weil es negativen Einfluss auf Ihre Karriere haben könnte. Oder der gute Ratschlag: Oute Dich besser nicht.

Ein erster erkennbarer Schritt der Landesregierung wäre, Schwule und Lesben gleichberechtigt wie alle Anderen zu behandeln und die notwendigen Korrekturen an der im vergangenen Herbst beschlossenen Dienstrechtsreform durchzuführen. Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass Beamten und Beamte, die in einer gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft "Homoehe" leben, Anspruch auf Familienzuschlag und Beihilfe haben. Aber die Landesregierung ignoriert diese Urteile und glänzt mit Nichtstun.

Aber es gibt auch Positivbeispiele in der Wirtschaft, die da weit voraus ist. Insbesondere international agierende und global aufgestellte Unternehmen, wie z.B. ein Unternehmen aus der IT-Branche, ein großer Automobilkonzern und einige Banken fördern die Vielfalt. Sie schützen die Vielfalt der Kulturen, der Altersklassen, Menschen mit unterschiedlichen Sprachen und auch deren sexuelle Identität. Dies wird als Bereicherung empfunden. Wertschätzung und Toleranz ist die Basis für ein gutes Arbeitsklima und fördert die Effizienz der Mitarbeiter. Das haben diese Unternehmen erkannt und gehen mit gutem Beispiel voran. Im Vertrieb würde man von Kundenbindung sprechen, hier müsste es heißen MitarbeiterInnengewinnung und -bindung. Der Vorsitzende von der Vereinigung lesbisch-schwuler PolizistInnen wünscht sich: Ein besonderer Fortschritt wäre, wenn unsere Vorschläge zur Diversity in der Landesverwaltung bzw. der Polizei eingeführt werden würden.

Ein Vertreter von Eagle ist der Meinung, dass die Etablierung von Grundsätzen und die Unterstützung der Diversity und insbesondere der GLBT-Mitarbeiter (Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender) in Firmen wesentlich weiter fortgeschritten ist als im öffentlichen Dienst. Mittlere und kleine Unternehmen, speziell in Deutschland haben hier noch Nachholbedarf. Der Vorsitzende des Völklinger Kreises meint: Es ist wichtig, den Diversitygedanken in den Mittelstand und in die öffentlichen Verwaltungen und Institutionen zu tragen. Die derzeitige Landesregierung wird ihrer Sorgfaltspflicht gegenüber ihren Mitarbeitern nicht gerecht, zudem erfüllt sie nicht den Anspruch eines modernen Arbeitgebers.

Wo steht die Gesellschaft im Vergleich zur Landesregierung ?

Die Akzeptanz von Schwulen und Lesben in der Gesellschaft beträgt ca. 70 %. Eine Befragung zur Ehe von Homosexuellen ergab, dass die Mehrheit die Homoehe befürworten. Die weitverbreitete Meinung, dass Homosexuelle doch jetzt auch heiraten dürfen und das alles Gleich sei, stimmt leider nicht. Regenbogenfamilien werden nach wie vor mit Lohnsteuerklasse Eins besteuert. Und

Kinderfreibeträge können nicht übertragen werden. Obwohl ggf. nur eine/r für den Lebensunterhalt aufkommt.

Im familiären und privaten Umfeld haben die Teilnehmer des Podiums so gut wie keine Diskriminierungserlebnisse erfahren müssen. Im Gegenteil, sie haben überwiegend und z.Teil für Sie auch überraschend gute Outingserlebnisse erfahren. Der 17 Jährige Sohn aus einer Regenbogenfamilie z.B. outlet seine lesbischen Mütter selbstbewusst und angstfrei. Die so oft gestellte Frage, wie zwei Mütter denn die Vaterrolle ersetzen könnten, kam auch hier und verwunderte ihn. Es dauerte einen Augenblick bis er Worte fand. Er berichtet, dass ihm nichts gefehlt hätte. Er schien sich darüber nie Gedanken gemacht zu haben. Er sei ein ganz normaler Teenager und unterscheide sich nicht von seinen Altersgenossen. Und männliche Bezugspersonen hat er z.B. in seinen Verwandten gehabt.

Spätestens jetzt ist klar geworden, dass es nicht nur das klassische Familienmodell Vater, Mutter Kind gibt. Es ist eines neben anderen Familienmodellen: alleinerziehende Mütter und Väter, Patchworkfamilien, Regenbogenfamilien, Pflegefamilien, Familien mit Adoptivkindern - und/ oder leiblichen Kindern. Familien mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen usw. Zum Thema Regenbogenfamilien berichtete Dr. Elke Jansen u.a. von den Ergebnissen der Studie des Bundesfamilienministeriums.

Wie entwickeln sich Kinder lesbischer Mütter und schwuler Väter?

Eine Studie im Auftrag des Bundesjustizministeriums sollte hier Klarheit schaffen.¹ Diese Studie zur „Lebenssituation von Kindern in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften“ wurde von zwei bayrischen Staatsinstituten durchgeführt und ihre Ergebnisse wurden im Juli 2009 veröffentlicht. Heute wissen wir: In gut jeder zehnten eingetragenen Lebenspartnerschaft leben Kinder (12%). Diese Regenbogenfamilien sind ganz überwiegend Mutterfamilien (93%) und sie sind klein – zwei Drittel haben nur ein Kind, und mehr als zwei Kinder sind die Ausnahme... und diese Kinder sind „nicht von schlechten Eltern“. Sie entwickeln sich genauso gut und prächtig wie Kinder, die in klassischen Familienformen aufgewachsen. Oft sind sie sogar besser gewappnet fürs Leben: Sie zeigen ein höheres Selbstwertgefühl, mehr Autonomie und besuchen häufiger bildungsstärkere Schulen.

Die Studie belegt auch zweifelsfrei: Lesbische Mütter und schwule Väter können fantastische Eltern sein! Das war auch nicht anders zu erwarten: Wissenschaftliche Studien aus dem angloamerikanischen Raum zur Lebenswirklichkeit von Regenbogenfamilien attestieren lesbischen Müttern und schwulen Vätern seit langem eine adäquate Erziehungsfähigkeit und ihren Kindern eine gelungene emotionale, soziale oder psychosexuelle Entwicklung. Dennoch sind Ehepaaren mit Kindern und

eingetragenen Lebenspartnerschaften mit Kindern bis heute rechtlich nicht gleichgestellt... erst recht nicht in Baden-Württemberg.

Ein 70 Jähriger Teilnehmer berichtet, dass eine Zeitung einen Bericht über ihn und seinen Lebenspartner gebracht habe. Er befürchtete Missachtung und Ignoranz, aber die Nachbarn und weiter entfernten Bekannten beglückwünschten die Beiden zum Outing. Die Mutter eines Schwulen berichtet über Ihre Reaktion und die Sorgen, die sie sich als Eltern um Ihren Sohn machten. Sie akzeptieren Ihren Sohn so wie er ist und dessen Freund ist voll in die Familie integriert. Das ist aber

¹ Rupp, M. (Hrsg.) (2009). Die Lebenssituation von Kindern in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften. Köln: Bundesanzeiger-Verl.-Ges., S. 53.

wohl nicht immer so. Es gibt auch häufig Eltern, die mit der Homosexualität Ihrer Kindern weitaus größere Probleme haben. Selten kommt es vor, dass Eltern Ihre Kinder verstossen. Bei Eltern von Schwulen und Lesben mit Migrationshintergrund ist das ablehnende Verhalten der Eltern wesentlich stärker ausgeprägt. Dies liegt unter anderem an den mächtigen Kirchen der Herkunftsländer. Dort werden Schwule und Lesben häufig auch noch strafrechtlich verfolgt. Selbst hier in Deutschland lebende Schwule und Lesben trauen sich nicht sich im Familien- oder Freundeskreis zu outen.

Im beruflichen Umfeld ist die Angst sich zu outen im Allgemeinen wesentlich höher als im privaten Bereich. In Anbetracht dessen wer der Arbeitgeber ist, überlegt Mann oder Frau sich zu outen. In der Kirche oder im öffentlichen Dienst ist das auch verständlich. Insbesondere LehrerInnen, ErzieherInnen, PolizistInnen sind davon betroffen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass in den meisten Fällen die Akzeptanz im privaten Umfeld sehr gut ist. Des weiteren kam in der Gesprächsrunde zum Ausdruck, dass viele in der Gesellschaft erkannt haben dass es neben Ihnen selbst auch Menschen aus anderen Kulturen und eben auch mit anderen sexuellen Identitäten gibt mit denen es sich genauso gut zusammenleben lässt.

Kindergarten und Schule.

In den Kindergärten müssten allen voran der Diversitygedanke Einzug finden. Die ErzieherInnen müssen entsprechend ausgebildet werden um der Vielfalt von Familienmodellen gerecht werden zu können. In den Schulen gilt dasselbe. Hier kommt noch dazu, dass Kinder einen selbstverständlicheren Umgang mit Ihrer eigenen Sexualität lernen sollten. Lehrer und Lehrerinnen müssen befähigt werden ein vertrauensvolles und wertschätzendes Umfeld zu schaffen, damit sich die Jugendlichen frei entwickeln können. Dies ist umso wichtiger, wenn wir sehen das die Suizidrate von homosexuellen Jugendlichen erheblich höher ist als bei Ihren heterosexuellen AlterskameradInnen.

Hierzu eine Anmerkung eines Teilnehmers von EAGL:

*Für junge Menschen kurz vor dem Coming Out sind nach wie vor Sendungen in Funk und Fernsehen, im Kinder- und Jugendprogramm, hilfreich, genauso wie für heterosexuelle Jugendliche, um deren Berührungsängste abzubauen und die Akzeptanz zu fördern. "Schwul" darf kein Schimpfwort mehr auf Schulhöfen sein.
Mein Aufruf an Menschen im Coming Out: Geht zu Selbsthilfegruppen, die es in jeder größeren Stadt gibt, um euch mit Leuten in derselben Situation auszutauschen!
Mein Aufruf an die Stadtverwaltungen: Streichen Sie nicht die Zuschüsse zu den schwulLesbischen Vereinen und Organisationen, diese sind lebensnotwendig!*

Die Rechtliche Situation von Schwulen und Lesben

Neben der Diskriminierung bei der Dienstrechtsreform und bei den Lebenspartnerschaften „Homoeha“ macht sich die Diskriminierung auch noch an einem weiteren Punkt sichtbar - Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, dass bei der Reform des Personenstandsgesetzes die Zuständigkeit der Verpartnerung „Homoeha“ nicht auf die Standesämter übertragen hat - sondern auf die Stadt- und Landkreise! Was für die Homoeha bedeutet, dass sie u.a. auf der KfZ-Zulassungstelle geschlossen wird. Wir wollen endlich auch eine Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften in Baden-Württemberg.

Es ist ein Skandal, dass die Regierungsfraktionen CDU und FDP nach wie vor an ihrer spießigen und diskriminierenden Politik Lesben und Schwulen gegenüber festhalten. Der ehemalige Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof Manfred Bruns, der dem Bundesvorstand des LSVD angehört, berichtete anhand vieler Einzelfälle aus seiner umfangreichen Beratungsarbeit, wie weit die Gleichstellung von Lebenspartnern mit Ehegatten in Baden-Württemberg im Vergleich zu den anderen Bundesländern und im Bund gediehen ist. Nach seinen Worten haben es Lesben und Schwulen in Baden-Württemberg besonders schwer, weil die CDU die Gleichstellung vehement ablehnt und die FDP das toleriert. Die Landesregierung respektiert selbst Urteile des Bundesverwaltungsgericht nicht, sondern zwingt die Betroffenen zu sinnlosen Prozessen. Aber Manfred Bruns meinte, das seien nur noch Nachhutgefekte, mit denen die CDU bei der Landtagswahl punkten wolle. In wenigen Jahren sei das alles ausgestanden, weil das Bundesverfassungsgericht die Gleichstellung bindend vorgeschrieben habe.

Quelle: LSVD Vorstand- Brigitte Aichele-Fröhlich

DIENSTRECHT (1)

Landesregierung gegen Gleichstellung bei Landesbeamten
Brigitte Lösch: „Skandalöse Ungleichbehandlung geht weiter“

Am 29. Oktober 2010 hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass Beamtinnen und Beamte, die in einer gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft leben, Anspruch auf Familienzuschlag und Beihilfe haben. Bis heute weigert sich die Landesregierung, notwendige Korrekturen an dem kurz vorher beschlossenen Dienstrechtsreformgesetz durchzuführen, nachzulesen in einer Antwort auf einen Fraktionsantrag der Grünen.

„Die Diskriminierung von Lebenspartnerschaften geht weiter“, so Brigitte Lösch, die familienpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion, „CDU und FDP halten an ihrer spießigen und diskriminierenden Politik Lesben und Schwulen gegenüber fest.“

Das Land schalte weiterhin auf stor: „Zum wiederholten Mal setzt die Landesregierung eine höchstrichterliche Rechtsprechung nicht um. Stattdessen setzt sie auf althergebrachte Verzögerungstaktik - das ist ein Skandal“, so Lösch.

In anderen Bundesländern sei es selbstverständlich, dass BeamtInnen gleich behandelt würden, so Lösch: „Nur Baden-Württemberg stellt sich als konservatives Bollwerk seit Jahren quer und will erst abschließende Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes abwarten.“

Pressemitteilung: B90/ Die Grünen 28.01.2011

Die Anfrage und die Antwort Drucksache 14/7369 kann auf der Seite des Landtages bzw. unserer Homepage heruntergeladen werden.

DIENSTRECHT (2)

Aus zuverlässiger Quelle wurde bekannt, dass alle Anträge von verpartnernten Kolleginnen und Kollegen die einen Antrag auf Familienzuschlag gestellt haben auf Anweisung vom LBV nicht bearbeitet werden dürfen. Der Vorstand hat am 05.02.2011 mit Manfred Bruns (Bundesanwalt a.D.) Kontakt aufgenommen, er empfiehlt eine Klage gegen das LBV wegen 'Untätigkeit'. Wer sich zu diesem Schritt entscheidet soll sich bitte an recht@lsvd.de wenden.

GEMEINNÜTZIGKEIT

Seit dem 04.02.2011 liegt unsere Anerkennung der Gemeinnützigkeit vor.

REGENBOGENBALL 2011 WIEN

Am 12.02.2011 nahmen auf Einladung der GayCopsAustria Mitglieder der PinkCop aus der Schweiz, VelsPol-Bayern und der Vorstand von VelsPol – Baden-Württemberg am diesjährigen RegenbogenBall in Wien teil. Stadträtin Frauenberger nannte die Teilnahme von Polizeiangehörigen aus den deutschsprachigen Ländern, teils auch in Uniform als wichtigen Beitrag zur Antidiskriminierungsarbeit.

"Der RegenbogenBall ist 2011 dort angekommen, wo er hingehört", sagte die wichtigste Frau im Staat, "und wir werden uns bemühen, dass er auch in der Hofburg bleibt"! Denn der RegenbogenBall sei laut Parlamentspräsidentin Prammer auch ein "Statement" für Wien und für Österreich. "Wir haben heute ein historisches Ereignis", frohlockte [HOSI Wien](#) Obmann Christian Högl, denn "wer hätte jemals gedacht, dass wir den RegenbogenBall in der bürgerlichen Bastion Hofburg feiern können".

Glanzvoller hätte die Premieren- Nacht der Lesben-, Schwulen-, Bi- und Transgender- Community in der Wiener Hofburg nicht ablaufen können: Unter dem Ehrenschutz von Bundespräsident Heinz Fischer und in Anwesenheit eines hochrangigen Ehrenkomitees mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Staatssekretär Andreas Schieder, SPÖ Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas, Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou, den Stadträtinnen Susanne Wehsely und Sandra Frauenberger, Klubobfrau ÖVP Wien Christine Marek, sowie Wirtschaftskammerpräsidentin Brigitte Jank tanzte zahlreiche Prominenz aus Politik, Wirtschaft und Kultur ganz bewusst aus der Reihe. Strahlte beim 14. Regenbogenball am 12. Februar andersrum im imperialen Prunk der Habsburger- Residenz. Und setzte damit einen lautstarken Paukenschlag für Toleranz im frei gewählten Miteinander. Barbara Prammer: Der Regenbogenball ist dort angekommen, wo er hingehört - ins Zentrum, in die Hofburg. Dieser Ball ist ein Statement.

Die über einstündige Eröffnung von Tanzschule Stanek, Sophie Marilley und Les Schuh Schuh beklauschten auch Prominente wie Life Ball Organisator Gerry Keszler, "Entertainer" Alfons Haider mit TV-Tanzpartner, Sozialminister Hundstorfer (mit Gattin), Wiens Vizebgm. Vassilakou mit Gemahl wie auch WKW Präsidentin Jank. Den Eröffnungstanz bestritten dann (natürlich) Barbara Prammer und Alfons Haider.

Hier einige Impressionen aus der Hofburg in Wien:



HOMOPHOBIE IN DER POLIZEI UMFRAGE

Kollege Sascha führt derzeit eine Umfrage zum Thema 'Homophobie in der Polizei' durch. Das Thema, die Art und Weise wie gefragt wird führte innerhalb der Polizeidienststellen zu größeren Diskussionen. Von einzelnen Dienststellung wurde die Weiterleitung der Fragebögen, die sich an Hetero- und HomokollegInnen wenden verweigert.

Die Fragebögen sind auf unserer Homepage hinterlegt und können dort heruntergeladen werden, ich bitte nochmals die Mitglieder von VelsPol-BW e.V. an der Umfrage, die in einer Bachelorarbeit dargestellt wird sich zu beteiligen.

NATIONAL/ INTERNATIONAL

National:

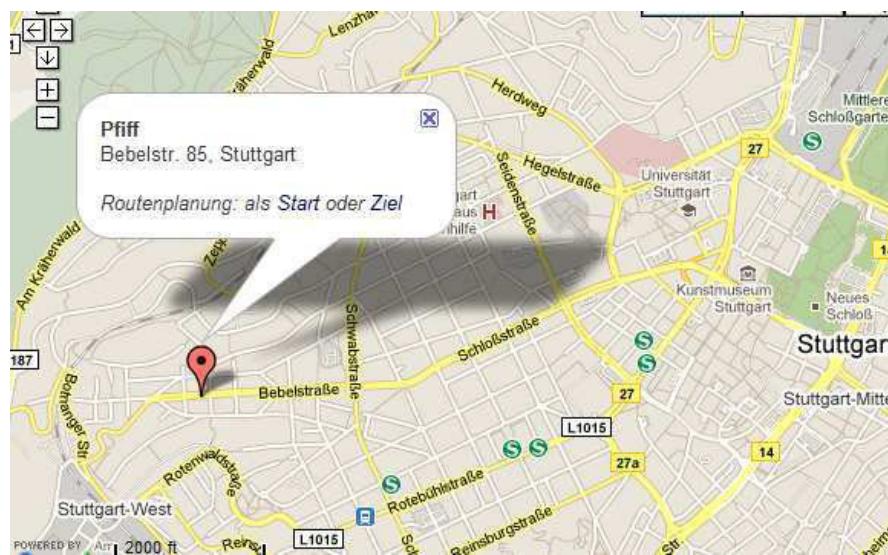
Bundesseminar 2011 in Leipzig 07. – 10.07.2011

TERMINE

Bitte beachten

Der nächste Stammtisch findet am 11.03.2011 wie immer um 20.00 Uhr statt.

Wir treffen uns im Bistro 'Pfiff' in Stuttgart-West, Bebelstrasse 85 (70196 Stuttgart). Das 'Pfiff' bietet eine umfangreiche Speisekarte zu günstigen Preisen an und es wird nicht geraucht!



Weitere Stammtischtermine 2011:

01.04.2011; 06.05.2011; 10.06.2011.

Vermtl. 13.08.2011 - VelsPol – Baden-Württemberg und VelsPol-Bayern werden in diesem Jahr auf dem ersten CSD in Ulm und Neu-Ulm über ihre Arbeit an einem Infostand informieren.

MITGLIEDSCHAFT

Ab sofort besteht die Möglichkeit VelsPol-BW e.V. auch online beizutreten, diesen Onlinebeitritt haben schon mehrere neue Mitglieder genutzt, daher nochmals herzlich willkommen.

<http://www.velspol-bw.de/5.html>

Natürlich besteht auch weiterhin die Möglichkeit per Papierformular beizutreten und an

VelsPol-BW e.V.

Weissenburg Str. 28A

70180 Stuttgart

senden.

Mitgliedsantrag

() Aktive Mitgliedschaft
(nur Polizeibedienstete)
() Fördermitgliedschaft

Name _____ Vorname _____
Strasse _____
PLZ/Wohnort _____
E-Mail _____
Telefon _____ / _____ **Jahresbeitrag 15,00 Euro**

() Einzugsermächtigung
Ich ermächtige Sie, den Mitgliedsbeitrag zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Konto-Nr.: _____
BLZ: _____
Kreditinstitut: _____
Datum, Unterschrift: _____

() ich überweise
auf das Konto VelsPol-BW e.V.
bei der VoBa Sindelfingen
Konto 412772000
BLZ 60390000

Die Satzung und Einzelheiten zur Mitgliedschaft finden Sie unter www.velspol-bw.de

Das Vorstandsteam



DIENSTRECHT (2)

Aus zuverlässiger Quelle wurde bekannt, dass alle Anträge von verpartnerten Kolleginnen und Kollegen die einen Antrag auf Familienzuschlag gestellt haben auf Anweisung vom LBV nicht bearbeitet werden dürfen. Der Vorstand hat am 05.02.2011 mit Manfred Bruns (Bundesanwalt a.D.) Kontakt aufgenommen, er empfiehlt eine Klage gegen das LBV wegen 'Untätigkeit'. Wer sich zu diesem Schritt entscheidet soll sich bitte an recht@lsvd.de wenden.

THEMEN

Dienstrecht / Familienzuschlag LBV

Landtagsanfrage der SPD zum Familienzuschlag

Termine

Mitgliedschaft

DIENSTRECHT / FAMILIENZUSCHLAG LBV

Oben genannte Information im Newsletter Februar 2011 führte auf Anregung von VelsPol-BW e.V. zur nachstehend abgedruckten Landtagsanfrage der SPD. Die Antwort der betroffenen Ministerien wird ebenfalls im VelsPol-BW - Newsletter veröffentlicht.

LANDTAGSANFRAGE DER SPD ZUM FAMILIENZUSCHLAG

Landtag von Baden-Württemberg

Drucksache 14 / 7642

14. Wahlperiode

Eingang: 23.02.2011 16:10

Antrag

der Abg. Walter Krögner u. a. SPD

Gewährung des Familienzuschlags und der Hinterbliebenenversorgung

bei Beamten in eingetragener Lebenspartnerschaft

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen,

zu berichten,

1. wie viele Anträge von Beamtinnen und Beamten in eingetragener Lebenspartnerschaft auf Gewährung des Familienzuschlags der Stufe 1 oder auf Hinterbliebenenversorgung beim Landesamt für Besoldung und Versorgung jeweils in den vergangenen zehn Jahren und in den ersten zwei Monaten des Jahres 2011 eingegangen sind;
2. wie viele dieser Anträge jeweils noch nicht oder ablehnend beschieden wurden und in wie vielen dieser Fälle der Bescheid bereits rechtskräftig geworden ist;
3. in wie vielen Fällen die Adressaten der ablehnenden Bescheide den Rechtsweg beschritten haben und welchen Verfahrensstand diese Vorgänge jeweils erreicht haben;
4. wann die Anträge aus den Jahren 2010 und 2011 genau eingegangen sind und wann diese jeweils beschieden wurden bzw. aus welchen Gründen bislang keine Bescheidung erfolgt ist;
5. welche Konsequenzen das Landesamt für Besoldung und Versorgung aus den Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts vom 20. Oktober 2010 (BVerwG 2 C 21.09) und des Verwaltungsgerichts

Stuttgart vom 31. Januar 2011 (3 K 4627/10) zur Frage des Anspruchs auf Familienzuschlag der Stufe 1 bzw. von Hinterbliebenenversorgung von Beamtinnen und Beamten in eingetragener Lebenspartnerschaft zieht;

6. ob sie eine Möglichkeit sieht, wie im Wege der Gesetzgebung bzw. durch eine darauf basierende Verordnung die Gebühren für die Eintragung einer Lebenspartnerschaft in den Landkreisen landesweit einheitlich geregelt werden könnte;
7. aus welchen Gründen sie an der in Deutschland einmaligen Regelung festhält, dass die Zuständigkeit für die Begründung und die Beurkundung von eingetragenen Lebenspartnerschaften in den Landkreisen den Landratsämtern übertragen wird.

22.02.2011

Krögner, Stickelberger, Gall, Heiler, Kleinböck SPD

Begründung:

Das Bundesverwaltungsgericht hat mit Urteil vom 28. Oktober 2010 entschieden, dass in dem vorliegenden Fall das Land Baden-Württemberg verpflichtet ist, einem Landesbeamten in eingetragener Lebenspartnerschaft rückwirkend zum 1. Juli 2009 Familienzuschlag nach § 40 Abs. 1 Nr. 1 Bundesbesoldungsgesetz zu gewähren. Der Beamte könne sich insoweit unmittelbar auf die Richtlinie 2000/78/EG berufen. Im wesentlichen Bezug nehmend auf dieses Urteil hat das Verwaltungsgericht Stuttgart mit Urteil vom 31. Januar 2011 festgestellt, dass einem Landesbeamten in eingetragener Lebenspartnerschaft für seinen Lebenspartner die Hinterbliebenenversorgung in dem Umfang wie einem hinterbliebenen Ehegatten zusteht.

In den letzten Jahren haben einige Beschäftigte des Landes in eingetragener Lebenspartnerschaft entsprechende Anträge an das Landesamt für Besoldung und Versorgung gestellt. Derzeit kommt es dort zu deutlichen Verzögerungen bei der Bearbeitung, so dass die Antragsteller unverhältnismäßig lange auf einen Bescheid warten müssen und so an einer rechtlichen Überprüfung der Bescheidungspraxis gehindert werden

NATIONAL/ INTERNATIONAL

National:

Bundesseminar 2011 in Leipzig 07. – 10.07.2011

TERMINE

Bitte beachten

Der nächste Stammtisch findet am 11.03.2011 wie immer um 20.00 Uhr statt.

Wir treffen uns im Bistro 'Pfiff' in Stuttgart-West, Bebelstrasse 85 (70196 Stuttgart). Das 'Pfiff' bietet eine umfangreiche Speisekarte zu günstigen Preisen an und es wird nicht geraucht!



Weitere Stammtischtermine 2011:

01.04.2011; 06.05.2011; 10.06.2011.

Vermtl. 13.08.2011 - VelsPol – Baden-Württemberg und VelsPol-Bayern werden in diesem Jahr auf dem ersten CSD in Ulm und Neu-Ulm über ihre Arbeit an einem Infostand informieren.

MITGLIEDSCHAFT

Ab sofort besteht die Möglichkeit VelsPol-BW e.V. auch online beizutreten, diesen Onlinebeitritt haben schon mehrere neue Mitglieder genutzt, daher nochmals herzlich willkommen.

<http://www.velspol-bw.de/5.html>

Natürlich besteht auch weiterhin die Möglichkeit per Papierformular beizutreten und an

VelsPol-BW e.V.

Weissenburg Str. 28A

70180 Stuttgart

senden.

Mitgliedsantrag

() Aktive Mitgliedschaft
(nur Polizeibedienstete)
() Fördermitgliedschaft

Name _____ Vorname _____
Strasse _____
PLZ/Wohnort _____
E-Mail _____
Telefon ____ / _____ **Jahresbeitrag 15,00 Euro**

() Einzugsermächtigung
Ich ermächtige Sie, den Mitgliedsbeitrag zu Lasten
meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Konto-Nr.: _____
BLZ: _____
Kreditinstitut _____
Datum, Unterschrift _____

() ich überweise
auf das Konto VelsPol-BW e.V.
bei der VoBa Sindelfingen
Konto 412772000
BLZ 60390000

Die Satzung und Einzelheiten
zur Mitgliedschaft finden Sie
unter www.velspol-bw.de

Das Vorstandsteam 27.02.2011



THEMEN

- [Landtagswahl \(1\)](#)
- [Landtagswahl \(2\)](#)
- [Landtagswahl \(3\)](#)
- [Dienstrecht](#)
- [Bundesseminar 2011](#)
- [CSD Stuttgart 2011](#)
- [CSD Ulm/ Neu-Ulm 2011](#)
- [National / International \(1\)](#)
- [National / International \(2\)](#)
- [Termine](#)

LANDTAGSWAHL (1)

In den Beratungskommissionen (innere Sicherheit) zur Verhandlung des Koalitionsvertrages der neuen Landesregierung von Baden-Württemberg sind auf beiden Seiten (Grün/Rot) auch Mitglieder unseres Mitarbeiternetzwerkes vertreten, damit dürften unsere Interessen sehr gut vertreten sein.

LANDTAGSWAHL (2)

An dieser Stelle herzlichen Dank vom Vorstandsteam für die zahlreichen E-Mails die zum Regierungswechsel in Baden-Württemberg und zu unseren Wahlprüfsteinen bei uns eingegangen sind. Wir hoffen nun, dass unsere langjährige Arbeit im Bereich der Gleichstellung von Lesben und Schwulen in der Polizei und Gesellschaft rasch Früchte trägt.

LANDTAGSWAHL (3)

Sehr geehrte Frau Seiter und
sehr geehrte Damen und Herren vom Vorstand,

ganz herzlichen Dank für Ihre persönlichen Glückwünsche zu meinem Direktmandat in Stuttgart und unserem Wahlsieg.

Mit 36 neuen Grünen Abgeordneten (davon 9 Direktmandate) und einen zukünftigen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann haben wir unsere kühnsten Wahlziele erreicht. Für uns Grüne war es ein historisches Wahlergebnis. Nach knapp 60 Jahren muss die CDU die Regierungsbank räumen und den Weg frei machen für eine neue Politik in Baden-Württemberg.

In einer großartigen Kraftanstrengung haben wir alle Ressourcen mobilisiert und unser Motto "2011 wird GRÜN" tatsächlich wahr gemacht. Das wollen und müssen wir jetzt auch in der Regierungsverantwortung umsetzen. Vor uns liegt eine große Aufgabe, die wir verantwortungsvoll angehen werden.

Die Menschen haben uns gewählt, damit das Land so erfolgreich bleibt, wie es ist.

Wir wollen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern einen Politikwechsel einleiten und ein neues – ein ökologisches, soziales und weltoffenes – Baden-Württemberg Wirklichkeit werden lassen.

Wir laden alle Menschen im Land ein, daran mitzuarbeiten.

Mein Dank gilt allen Wählerinnen und Wählern für ihre Stimme und das uns entgegenbrachte Vertrauen und Allen die mich im Wahlkampf unterstützt haben <<image001.jpg>> en – ohne Sie wäre das nicht möglich gewesen.

Aber auch Ihnen bzw. Ihrem Landesverband – und hier vor allem Herrn Thomas Ulmer – danke ich herzlich für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und die fachliche Unterstützung.

Herzliche Grüße

Unterschrift B-Lösch

DIENSTRECHT

Vom Verwaltungsgericht erging ein Urteil zur Zahlung des Familienzuschlags der Stufe 1. Inhalt des Urteils ist die Entscheidung, dass der Familienzuschlag Stufe 1 rückwirkend ab dem 01.07.2009 vom LBV gezahlt werden muss.

Das LBV kann zwar noch den Klageweg beschreiten, ob dies angesichts der politischen Wende im Land erfolgt ist fraglich. Das Urteil zur Zahlung des Familienzuschlags der Stufe 2 steht noch aus. Es empfiehlt sich, dass alle verpartnernten Kolleginnen und Kollegen die noch keinen Antrag auf Zahlung des Familienzuschlags der Stufe 1 und 2 gestellt haben dies so schnell wie möglich nachholen.

BUNDESSEMINAR 2011

07. – 10.07.2011 in Leipzig,

Wie in jedem Jahr führt der Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter in Deutschland e.V. (VelsPol Deutschland e.V.) ein Bundesseminar für alle Bediensteten der Länderpolizeien sowie der Bundespolizei durch. Eines der vordergründigen Themenschwerpunkte wird wie in all den Jahren zuvor, eine möglicherweise stattfindende Diskriminierung von Lesben, Schwulen und Transgendern von oder durch Polizeibedienstete sein. Dabei ging und geht es um allgemein rechtliche Fragen, sowie um einzelne persönliche Diskriminierungen und die damit verbundenen Erfahrungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in ihren jeweiligen Polizeidienststellen.

Oftmals führte die Teilnahme der „Betroffenen“ und den damit stattfindenden Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern wieder zurück zur eigenen positiven Lebenseinstellung und zur Kräftigung erfolgreicher Verteidigungsstrategien.

Weitere Themenschwerpunkte beim 18. Bundesseminar werden u. a. der aktuelle Stand der beamtenrechtlichen Gleichstellung an das Lebenspartnerschaftsrecht des Bundes im Länder – Bund – Vergleich, Homophobie in der Polizei, Diversity in der Gesellschaft und Polizei, Homosexualität in Sport und Fußball und Transsexualität in der Polizei sein.

Zielgruppe:

Polizeibedienstete aus Deutschland und dem angrenzenden Ausland.

Teilnahmegebühr:

227,00 EUR pro Seminarteilnehmer;

180,00 EUR pro Partnerin/ Partner;

Ort und Datum:

Leipzig, Best Western Hotel Windorf, Ernst-Meier-Straße 1, 04249 Leipzig.

07.-10.07.2011



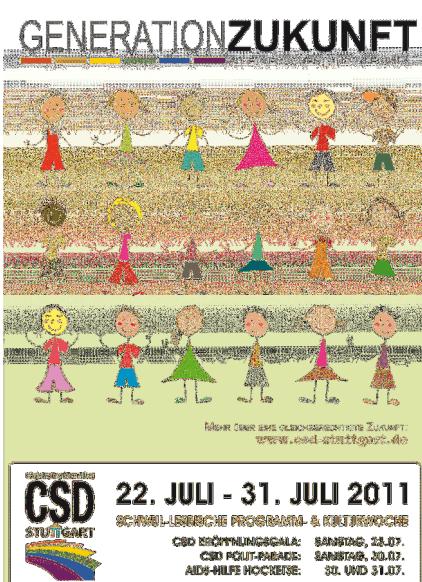
Erstmals konnte ein Tagungshotel für unsere Veranstaltung gewonnen werden.

Das Best Western Hotel Windorf liegt verkehrsgünstig an der A38 in ruhiger Lage nahe der Neuseenlandschaft von Leipzig und unweit von Zentralstadion, Arena Leipzig, Zoo Leipzig und dem BELANTIS Vergnügungspark Leipzig entfernt. Nur 2 Gehminuten vom Hotel befindet sich die Haltestelle für öffentliche Verkehrsmittel (Straßenbahnlinien 3 und 3E) und das Zentrum ist 7 km entfernt. Ausreichend kostenlose Parkplätze befinden sich direkt vor dem Hotel. Erleben Sie die erfrischend persönliche Atmosphäre des Hauses. Alle Zimmer sind mit einer Größe von 26 qm sehr geräumig sowie komfortabel mit übergroßen Betten, geschmackvoll und farbenfroh eingerichtet - Wohlfühlen wird hier großgeschrieben. Die Anmeldeunterlagen zum Bundesseminar 2011 können auf der Internetseite von www.VelsPol.de heruntergeladen

werden.

Das Innenministerium Baden-Württemberg hat die Seminareinladung bereits landesweit an alle Dienststellen per E-Mail verschickt, zusätzlich wurden die Informationen und Unterlagen im Intranet der Polizei-BW unter nachstehendem Link eingestellt <http://moss.polizei-online.bwl.de/Hilfsangebote/Seiten/VerbandlesbischerundschwulerPolizeibeamter.aspx>

CSD STUTTGART 2011



Auch in diesem Jahr wird VelsPol-BW e.V. wieder mit einem Paradewagen an der CSD-Parade in Stuttgart vertreten sein (Termin 30.07.2011).

Das Organisationsteam Danny, Thilo, Siggi und Markus freuen sich über tatkräftige Unterstützung, Kontakte zu Sponsoren werden selbstverständlich gerne angenommen. UnterstützerInnen und HelferInnen können sich unter info@velspol-bw.de melden.

CSD ULM / NEU-ULM 2011



Wie in jedem Jahr wird VelsPol-BW e.V. sich auch in diesem Jahr auf einem `kleinen` CSD im Land präsentieren. Nach Lörrach und Konstanz ist in diesem Jahr Ulm / Neu-Ulm an der Reihe. Wer sich am Infostand gemeinsam mit den bayerischen Kollegen beteiligen möchte kann sich unter info@velspol-bw.de melden.

Der CSD Ulm / Neu-Ulm findet am Samstag 13.08.2011 statt, nähere Informationen gibt's unter www.csd-ulm.de.

MITGLIEDSBEITRÄGE 2011

Wie in jedem Jahr werden die Mitgliedsbeiträge für das Jahr 2011 fällig der Mitgliedsbetrag in Höhe von 15,00 Euro hat sich nicht verändert.

Diejenigen Mitglieder die eine Einzugsermächtigung erteilt haben brauchen nichts zu veranlassen, die Mitglieder die selbstständig überweisen werden gebeten den Mitgliedsbeitrag bis zum 30.04.2011 zu überweisen.

Kontoverbindung:

VelsPol-BW e.V.

Volksbank Sindelfingen

BLZ: 60390000

Konto: 412772000

Damit zusätzliche Kosten, die dem Mitglied in Rechnung gestellt werden vermieden werden, bitten wir Kontoänderungen für das Lastschriftverfahren rechtzeitig mitzuteilen.

NATIONAL/INTERNATIONAL (1)

Vorstand Thomas Ulmer hat am 18.03.2011 für VelsPol-Deutschland e.V. am Boardmeeting 2011 in Zürich teilgenommen. Das Boardmeeting fand unter der Leitung des neuen EGPA-Präsidenten Herman Renes statt. Nach einer Begrüßung durch den stellvertretenden Polizeikommandanten der Stadtpolizei Zürich wurden verschiedene Themen wie z.B. Finanzierung der EGPA, Unterstützung finanzschwacher Mitgliedsorganisationen, Sponsoring und Fortbildungsprogramme diskutiert. Thomas Ulmer hat die einzelnen Projekte der nationalen VelsPol-Organisationen vorgestellt.

Der irische Vertreter hat den Planungsstand der int. Konferenz 2012 in Dublin erläutert. Ferner wurde auf dem Boardmeeting das neue Logo vorgestellt, diskutiert und beschlossen. Die Ergebnisse werden demnächst auf der Homepage der EGPA (www.eurogaycops.com) veröffentlicht.

NATIONAL/ INTERNATIONAL (2)

Das nächste EGPA-Boardmeeting findet am 05.08.2011 in Amsterdam statt. An diesem Wochenende beginnt auch die Pride-Amsterdam (www.amsterdamgaypride.nl). Die niederländischen KollegInnen möchten allen Mitgliedern der nationalen Organisationen die Möglichkeit zur Teilnahme an der Canal-Pride(06.08.2011) geben und laden hierzu herzlich ein.

Die Kolleginnen und Kollegen der 'Landelijk Homonetwerk Politie' suchen derzeit nach einem Hotel in der Nähe des Stadtzentrums und stellen für jeden Teilnehmer eine finanzielle Unterstützung in Aussicht. Für einige Besucher besteht die Möglichkeit auf dem Gay-Polizeiboot während der Parade mitzufahren, hier entscheidet allerdings das Los.

Wer Interesse an der Teilnahme hat möchte sich bitte unter Thomas.ulmer@velspol.de melden.

STAMMTISCHTERMINE

Der nächste Stammtisch findet am 15.04.2011 wie immer um 20.00 Uhr statt.

Wir treffen uns im Bistro 'Pfiff' in Stuttgart-West, Bebelstrasse 85 (70196 Stuttgart). Das 'Pfiff' bietet eine umfangreiche Speisekarte zu günstigen Preisen an und es wird nicht geraucht!



Weitere Stammtischtermine 2011:

06.05.2011; 10.06.2011.

TERMINE

Bitte beachten

16.04.2011 – Sitzung der Projektgruppe Lesben und Schwule bei den Grünen; Thema Beamtenrecht und Gleichstellung (VelsPol-Mitglieder können teilnehmen).

18.06.2011 – Zürich Pride Festival; die KollegInnen von GayCop Schweiz bitten um Unterstützung bei der Parade.

07.-10.07.2011 – Bundesseminar 2011 in Leipzig

16.07.2011 – CSD Stuttgart; Rathaus Empfang

23.07.2011 – CSD Stuttgart, Eröffnungsgala

30.07.2011 – CSD Stuttgart; Politparade mit Beteiligung VelsPol-Truck

01.08.2011 – Hocketse der Aids Hilfe Stuttgart; Infostand VelsPol-BW e.V.

05.08.2011 – EGPA-Boardmeeting in Amsterdam

06.08.2011 – Canal-Pride Amsterdam (VelsPol-BW e.V.-Besucher sind herzlich Willkommen)

13.08.2011 – CSD Ulm/ Neu-Ulm; Infostand VelsPol-BW e.V. und VelsPol-BY

Das Vorstandsteam

10.04.2011

Mitgliedsantrag

() Aktive Mitgliedschaft
(nur Polizeibedienste)
() Fördermitgliedschaft

Name _____ Vorname _____
Strasse _____
PLZ/Wohnort _____
E-Mail _____
Telefon _____ / _____ **Jahresbeitrag 15,00 Euro**

() Einzugsermächtigung
Ich ermächtige Sie, den Mitgliedsbeitrag zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Konto-Nr.: _____
BLZ: _____
Kreditinstitut: _____
Datum, Unterschrift: _____

() ich überweise
auf das Konto VelsPol-BW e.V.
bei der VoBa Sindelfingen
Konto 412772000
BLZ 60390000

Die Satzung und Einzelheiten zur Mitgliedschaft finden Sie unter www.velspol-bw.de

VelsPol-BW e.V. SonderNEWSLETTER

Verein lesbischer und schwuler Polizeibediensteter in Baden-Württemberg e.V.

APRIL, 2011



KOALITIONSVERTRAG

Heute wurde der Koalitionsvertrag der neunen Landesregierung vorgestellt. Die Positionen für den Polizeibereich und für die Gleichstellung von Lesben und Schwulen sind hier auszugsweise nachzulesen.

Der gesamte Koalitionsvertrag ist unter: <http://www.gruene-bw.de/fileadmin/gruenebw/dateien/Koalitionsvertrag-web.pdf> im Internet eingestellt.

Zentrale Forderungen von VelsPol-BW in den vergangenen Jahren, wie Gleichstellung im Beamtenrecht, Diskriminierungsschutz und Einrichtung von AgL wurden berücksichtigt und festgeschrieben. Generell soll die Verpartnerung gleichgeschlechtlicher Paare, wie in fast allen anderen Bundesländern auf dem Standesamt und zu einheitlichen Gebührensätzen möglich sein.

Die neue Landesregierung setzt sich für eine Verankerung der Gleichstellung von LGBT-Personen im Grundgesetz ein und fordert die Einfügung des Merkmals 'sex. Identität' im Grundgesetz.

Weitere Punkte wie Gleichstellung von Regenbogenfamilien, Steuer- und Adoptionsrecht, einheitliche Bildungsstandards in Bezug auf sex. Identitäten wurden ebenfalls aufgenommen.

Auszug aus dem Koalitionsvertrag – Umlaute wurden nicht richtig aus dem PDF-Dokument übernommen.

Sicherheit und Freiheit schützen

Die Wertorientierungen des Grundgesetzes bilden die Grundpfeiler des Zusammenlebens in unserem Land. Sicherheit und Schutz vor Kriminalität sind eine Voraussetzung für Freiheit. Nur in einem sicheren Land können sich die Bürgerinnen und Bürger frei bewegen und ihre Freiheitsrechte nutzen.

Wir stellen uns dabei den Herausforderungen an eine rechtsstaatliche Politik, die den Bürgerinnen und Bürgern zugleich Freiheit und Sicherheit gewahrt. Freiheit und Sicherheit werden wir nicht gegeneinander ausspielen. Kriminalität, Terrorgefahren und neue Gefahrenlagen werden wir bekämpfen, ohne die Freiheitsrechte unverhältnismäßig einzuschränken.

Bürgernahe Polizei

Wir wollen das Leitbild einer burgernahen Polizei in Baden-Württemberg weiterentwickeln. Sie ist der Garant der Inneren Sicherheit und braucht eine angemessene Ausstattung, Ausbildung und Besoldung, um in Zukunft ihre Aufgaben erfolgreich erfüllen zu können.

Wir werden die Leistungsfähigkeit der Polizei stärken und insbesondere ihre Personalstärke sichern.

Wir werden auch ein Modernisierungsprogramm für die Polizeitechnik auflegen, um die eklatanten Versäumnisse der Vergangenheit bei der Modernisierung der Informations-, Kommunikations- und Telekommunikationstechnik sowie bei der Einsatz-, Verkehrsüberwachungs- und Kriminaltechnik wettzumachen.

Zu einer effizienten Polizei gehören leistungsfähige Strukturen. Wir werden die Polizeistrukturen überprüfen mit dem Ziel, die Basisdienststellen zu stärken, Freiräume für operative Schwerpunkte zu gewinnen und insgesamt die Aufgabenwahrnehmung bei flachen Hierarchien noch erfolgreicher zu gestalten. An diesem ergebnisoffenen Prozess werden wir alle Betroffenen von Anfang an beteiligen.

Wir werden alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit Baden-Württemberg bei der Verfolgung von Wirtschaftskriminalität und bei der Bekämpfung der Korruption vorbildlich wird.

Personalabbau bei der Polizei stoppen

Wir werden den Personalabbau im Polizeivollzug und im Nichtvollzug stoppen und Neueinstellungen vornehmen, wo unabdingbar personelle Lücken geschlossen werden müssen. Die Polizeibeamtinnen und -beamten werden dadurch von polizeifremder Arbeit entlastet und können sich verstärkt auf ihre eigentlichen polizeilichen Aufgaben konzentrieren. Denn wir wollen die Polizeipräsenz in der Fläche verbessern. Wir

streben zudem an, ausreichende Planvermerke zur wechselseitigen Besetzung von Vollzugs- und Nichtvollzugsstellen zu schaffen.

Wir werden zudem Sorge dafür tragen, dass angesichts der anstehenden Pensionierungswelle bei der Polizei frühzeitig Polizeinachwuchs in ausreichendem Umfang ausgebildet wird. Vor dem Hintergrund des doppelten Abiturjahrgangs wollen wir im Jahr 2012 die Zahl der Neueinstellungen von derzeit 800 Polizeinachwuchskräften ausweiten. Neben den Sicherheitsaspekten leisten wir damit auch einen Beitrag zur Sicherung der Zukunftsperspektiven junger Menschen. Bei der Anwerbung von Polizeinachwuchs wollen wir ein besonderes Augenmerk darauf legen, dass mehr Migrantinnen und Migranten für den Polizeidienst gewonnen werden.

Wir werden den Freiwilligen Polizeidienst mittelfristig auflösen. Als Sofortmaßnahme werden wir das Budget einfrieren und keine neuen Angehörigen für den Freiwilligen Polizeidienst einstellen.

Die freiwerdenden Mittel werden wir für die Verbesserung der Personalausstattung der regulären Polizei in den Polizeirevierne verwenden. Auch diese Maßnahme trägt dazu bei, die sichtbare Präsenz der Polizei in der Fläche zu verbessern.

Zweigeteilte Laufbahn einführen

Der Polizeiberuf stellt sehr hohe Anforderungen an die Beamtinnen und Beamten. Diese verantwortungsvolle Tätigkeit muss auch angemessen vergütet werden. Wir werden deshalb die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die bisherigen Angehörigen des mittleren Dienstes schrittweise in den gehobenen Dienst übergeleitet werden und damit Zug um Zug die zweigeteilte Laufbahn einführen.

Dabei werden wir einen Einstellungskorridor für den mittleren Dienst einrichten, um Realschulabgängern auch künftig den Zugang zum Polizeiberuf offen zu halten.

Wir werden die Einführung eines eigenständigen Berufsbildes des Polizei-Fachangestellten auf den Weg bringen.

Die Aufstiegsmöglichkeiten für die Tarifbeschäftigte bei der Polizei sowie die Besoldungs- und Beförderungssituation bei den Verwaltungsbeamten und -beamten bei der Polizei werden wir auf den Prüfstand stellen mit dem Ziel, die derzeitige unbefriedigende Situation zu verbessern.

Gleichstellung auch bei der Polizei

Zu einem modernen Polizeimanagement gehört die Gleichstellungspolitik, um wirksamen Schutz vor Diskriminierung zu gewährleisten. Wir werden deshalb eine zentrale Beschwerdeinstanz für Angehörige der Polizei (Ombudsmann) schaffen. Die Gleichstellung homosexueller Polizistinnen und Polizisten werden wir durch die Benennung von Gleichstellungsbeauftragten gewährleisten.

Kommunale Kriminalprävention ausbauen

Die kommunale Kriminalprävention hat sich in vielfältiger Weise zur Vorbeugung von Straftaten bewahrt.

Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, dieses Prventionsinstrument zur Bundelung polizeilicher, behördlicher, schulischer und gesellschaftlicher Kräfte im kommunalen Raum auszubauen und zu erweitern.

Die von uns geplante Ausweitung demokratischer Teilhabe- und Mitbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger wird auch auf die Arbeit der Polizei erhebliche positive Auswirkungen haben. Wir werden alles tun, damit die Polizei nicht zum Prellbock widerstreitender gesellschaftlicher und politischer Interessen gemacht wird und mit polizeilichen Mitteln Konflikte austragen muss, die in erster Linie politisch zu lösen sind.

Gewalt gegen Polizei stoppen

Wir wollen, dass jegliche Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte geachtet wird. Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten ist kein Kavaliersdelikt. Wir zollen der Polizei Respekt und Anerkennung für ihre schwierige Arbeit und wir müssen sie vor tatsächlichen Angriffen und vor Aggression schützen. Wir fordern und fordern eine Kultur des gegenseitigen Respekts und der Wertschätzung der polizeilichen Arbeit.

Wir werden eine individualisierte anonymisierte Kennzeichnung der Polizei bei sog. „Groslagen“ einführen, unter strikter Wahrung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung der Polizistinnen und Polizisten.

Wir werden die Beschlussempfehlungen im gemeinsamen Minderheitenvotum von SPD und GRÜNEN im Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30.9.2010 in Stuttgart umsetzen. Dazu gehört auch ein burgerfreundliches Versammlungsgesetz für Baden-Württemberg.

Waffenrecht verschärfen

Über eine Bundesratsinitiative werden wir eine Verschärfung des Waffenrechts angehen, insbesondere mit dem Ziel, ein generelles Verbot für den Privatbesitz von groskalibrigen Faustfeuerwaffen durchzusetzen (mit Ausnahme der Jäger). Auch die Kontrolle der so genannten Altfälle unter den Sportschützen im Waffenrecht muss strenger und rechtssicher geregelt werden. Wir werden zudem rasch die erforderlichen Konsequenzen aus der vom Landtag bereits beschlossenen Evaluation der Kontrollen von Waffen und Munition ziehen. Wir streben eine dauerhafte höhere Kontrolldichte durch die Waffenbehörden an.

Örtliche Gefahrenabwehr stärken

Zur Verbesserung der Gefahrenabwehr und des Katastrophenschutzes werden wir die Einrichtung Integrierter Leitstellen für Feuerwehr und Rettungsdienste fordern, die Forderung von Leitstellen an diesem Ziel ausrichten und die Instrumente zur Gefahrenabwehr weiter bundeln. Die rechtliche Absicherung von Einsatzkräften wollen wir vereinheitlichen.

Extremismus entschlossen bekämpfen

Rechtsextremismus ist auch ein baden-württembergisches Problem. Unser Land erlebt ein kontinuierliches Erstarken der rechtsextremen NPD und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN). Die rechtsextremistische Szene erprobt neue strategische Ansätze, die neue Gegenstrategien notwendig machen. Andere Teile der extrem rechten Szene bewegen sich in einer Grauzone zwischen radikalem Nationalismus und demokatisch-rechtskonservativen Positionen und versuchen gezielt, extremistisches Gedankengut salofähig zu machen.

Wir werden deshalb den Kampf gegen Rechtsextremismus entschlossen und mit grossem Nachdruck fortsetzen.

Die NPD ist eine Bedrohung für unsere Demokratie. Wo sie auftritt, stellt sie die Werte einer offenen Gesellschaft in Frage, hetzt gegen Andersdenkende, Ausländerinnen und Ausländer, verleugnet die Verbrechen der NS-Diktatur und schurt antisemitisches Gedankengut. Gegen die braune Propaganda setzen sich Bürgerinnen und Bürger in allen Bundesländern engagiert zur Wehr. Dieses Engagement unterstützen wir mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaates. Es ist schwer zu ertragen, dass eine extremistische Partei wie die NPD vom Parteienprivileg profitiert und ihre menschenfeindliche und menschenverachtende Politik mit Steuergeldern finanziert. Die NPD ist einer der Kristallisierungspunkte des Rechtsextremismus auch in Baden-Württemberg. Wir werden deshalb prüfen, welche Vorgehensweise gegen die NPD rechtlich geboten ist, insbesondere ob die Voraussetzungen für die Einleitung eines neuerlichen Verbotsverfahrens vorliegen.

Neben einem konsequenten repressiven Vorgehen gegen rechtsextremistische Gruppierungen, wollen wir dem Rechtsextremismus durch Prävention den Nährboden entziehen. Die Bestrebungen der schwarz-gelben Bundesregierung, erfolgreich arbeitende Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus in allgemeine Programme gegen Extremismus umzuwidmen, sind falsch und gefährden deren Erfolg. Ein klares Nein sagen wir auch zu der von der Bundesregierung geplanten „Extremismusklausel“. Wir werden sie nicht auf Landesebene übernehmen. Diese Klausel der Bundesregierung unterstellt, dass gerade Demokratieinitiativen in einem besonderen Maße geneigt waren, mit antidemokratischen Partnerinnen und Partnern zu kooperieren und etabliert einen Generalverdacht

gegen all jene, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren.

Wir werden die Projektträger vor Ort stärken, also genau dort helfen, wo man sich direkt mit rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen auseinander setzt.

Demokratie braucht starke Demokratinnen und Demokraten. Wir setzen auf eine verbesserte Demokratieerziehung in der Schule, die demokratische Werte frühzeitig erfahrbar und erlernbar macht.

Unabhängigen Datenschutz stärken

Angetrieben durch die damalige Opposition und auf der Basis eines Oppositionsantrags sind CDU und FDP zum Ende der vorangegangenen Legislaturperiode endlich die Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes angegangen. Die von uns seit

Jahren geforderte Zusammenlegung des Datenschutzes für den öffentlichen und den nichtöffentlichen Bereich und dessen Bündelung beim Landesbeauftragten für den Datenschutz ist nun seit dem 1. April 2011 Wirklichkeit.

Diese Novellierung blieb in einigen Punkten hinter unseren Erwartungen und Forderungen zurück.

Um unsere Vorstellung von einem völlig unabhängigen, burgernahen und effizienten Datenschutz zu verwirklichen, streben wir eine rasche Novellierung an. Dabei soll die beim Landtag angesiedelte Datenschutzbehörde bei angemessener Ausstattung mit Personal und Sachmitteln den Status einer obersten Landesbehörde erhalten mit eigenen Sanktionsbefugnissen für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten.

Datenschutz ist auch eine Bildungsaufgabe. Regelungen zur Vermittlung von Datenschutzbewusstsein müssen deshalb nicht nur in den Datenschutzgesetzen, sondern auch in den Lehrplänen von Bildungseinrichtungen verankert werden.

Wir wollen auch die behördlichen und betrieblichen Datenschutzbeauftragten als wichtiges Element der Eigenkontrolle stärken. Sie sollen ihre Aufgaben unabhängig, kompetent und mit ausreichenden Möglichkeiten wahrnehmen können.

Wir werden bei einer Novellierung des Datenschutzgesetzes des Landes auch die sehr kurzfristig in das Gesetz aufgenommene Videoüberwachung im Rahmen der Erfüllung öffentlicher Aufgaben oder in Ausübung des Hausrechts neu regeln und dabei insbesondere die Forderungen des Landesdatenschutzbeauftragten umsetzen.

Datenschutz ist Grundrechtsschutz. Die Wahrung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung ist in der modernen digitalen Welt Grundvoraussetzung für die demokratische Verfassung einer Informations- und Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Wir werden deshalb auch über den Bundesrat Initiativen auf den Weg bringen, um den grundrechtlich verbürgten Datenschutz in allen Lebensbereichen wirksam, transparent und burgernah zu verankern.

Dies gilt zuerst für die Entwicklung eines modernen Beschäftigtendatenschutzes im Hinblick auf Videoüberwachung, Überwachung von E-Mails, die Kontrolle der Internetnutzung am Arbeitsplatz, beim Detektiveinsatz gegenüber Beschäftigten und beim Informantenschutz.

Wir werden auch initiativ werden, um die Erarbeitung eines internetfähigen Datenschutzrechts, das sich den Gegebenheiten der globalen Netzwerke anpasst, voranzutreiben. Dabei gilt: Das vom Bundesverfassungsgericht neu entwickelte Grundrecht der Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme muss unverletzt bleiben. Die Kommunikationsdaten von Geheimsträgern dürfen nur unter hohen Auflagen untersucht werden.

Bei der Vorratsdatenspeicherung setzen wir uns dafür ein, die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts präzise einzuhalten.

Das Sperren von Internetseiten lehnen wir ab und vertreten stattdessen das wirksamere und effizientere Prinzip „Loschen statt Sperren“.

Verwaltungsstrukturen modernisieren

Die Verwaltung in Baden-Württemberg wurde durch das Verwaltungsreformgesetz aus dem Jahr 2005 in wesentlichen Teilen neu strukturiert. Nicht in allen Bereichen konnten

bisher die damit verbundenen Erwartungen erfüllt werden. Wir werden die kritische Überprüfung der Aufgaben und der Entwicklung der Ausgaben in enger Abstimmung mit den Beschäftigten fortsetzen, notwendige Korrekturen bei den Strukturen und Zuständigkeiten vornehmen und weitere Verbesserungen erarbeiten.

Wir werden die verschiedenen Empfehlungen des Rechnungshofs für eine effizientere Verwaltung, insbesondere im Bereich der EDV, zeitnah aufgreifen. Unser Ziel ist es, die Verwaltung transparent, effektiv und burgernah zu gestalten.

Ein starker öffentlicher Dienst

Wir wollen, dass unser Land handlungsstark und burgerfreundlich verwaltet wird, effizient und zuverlässig.

Hierzu brauchen wir einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst mit qualifizierten und motivierten Beschäftigten.

Um die besten Köpfe für unser Land zu gewinnen, soll das Dienstrecht weiterentwickelt und modernisiert werden. Wir wollen zum Beispiel eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreichen, Teilzeitoptionen auch in Führungspositionen anbieten, mehr Flexibilität gewahren und fortwährend Angebote zur Weiterbildung unterbreiten. Die Beschäftigung in sachgrundlos befristeten

Arbeitsverhältnissen und die Leiharbeit im öffentlichen Dienst lehnen wir ab - zum Wohl der Beschäftigten und als Vorbild für private Arbeitgeber.

Im hoheitlichen Bereich, insbesondere in der Justiz, in der Finanzverwaltung und bei der Polizei, setzen wir auf eine beständige Beamtenchaft, die ihre hoheitlichen Aufgaben verantwortungsbewusst und verlässlich wahrnimmt. Im nichthoheitlichen Bereich streben wir in Abstimmung mit anderen Bundesländern an, die Beschäftigung im Angestelltenverhältnis auszubauen und stärker als bisher Möglichkeiten der Flexibilisierung zu nutzen.

Die Besoldung wird sich auch weiterhin an den Tarifergebnissen des öffentlichen Dienstes orientieren, wobei besondere Leistungen auch durch besondere Besoldungselemente gewürdigt werden sollen. Wir werden prüfen, ob Besoldungsverschiebungen hin zur Familiengrundungsphase realisierbar sind. Wir sind uns einig darin, dass die zunehmende Differenz in der Höhe der Altersversorgung bei den Beamtinnen und Beamten in den Spitzenbesoldungsgruppen („B-Besoldung“) einerseits und bei den Angestellten andererseits ein nicht zu rechtfertigendes Gerechtigkeitsdefizit darstellt.

Wir streben an, diese Diskrepanz zu verringern.

Die Dienstrechtsreform aus dem Jahr 2010 hat neben vielen positiven Fortentwicklungen einige Veränderungen bewirkt, die es zu korrigieren gilt. Die Regelung zu den Sonderaltersgrenzen bedarf einer Überprüfung und einer Neuregelung unter starkerer Berücksichtigung der besonderen Anforderungen durch Einsatz- und Sonderbelastungen. Die Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge werden wir mit Blick auf die verlängerte Lebensarbeitszeit ausbauen und gesetzlich verankern. **Beamtinnen und Beamte in eingetragener Lebenspartnerschaft sind in dienstrechtlichen Fragen ihren verheirateten Kolleginnen und Kollegen gleichzustellen.** Im Personalvertretungsrecht werden wir die vorgenommenen Einschränkungen zurückführen und die Rechte der

Interessenvertretungen mit Blick auf ihre verantwortungsvolle Aufgabenwahrnehmung ausbauen und stärken.

Ein ganz wichtiger Schwerpunkt im öffentlichen Dienst wird die Frage der qualifizierten Aus- und Weiterbildung sein. Die Fachhochschulen für Verwaltung und Finanzen werden wir für externe Studienbewerber öffnen und die Ausbildungsziele der Fuhrungsakademie mit dem Ziel weiterentwickeln, Transparenz, Bürgernahe und Verwaltungseffizienz zu optimieren. Künftig soll die Lehre nicht nur auf die Verwaltung in Baden-Württemberg abzielen, sondern auch den Bedarf nach Verwaltungsexperten aus anderen nationalen und internationalen Organisationen bedienen.

Das Vorstandsteam

10.04.2011



THEMEN

- [Bachelorarbeit Diversity-Management](#)
- [Projektgruppe Lesben und Schwule](#)
- [AgL – Konzept für die Polizei BaWü](#)
- [Gleichstellung \(1\)](#)
- [Gleichstellung \(2\)](#)
- [Bundesseminar 2011](#)
- [CSD Stuttgart 2011](#)
- [CSD Ulm/ Neu-Ulm 2011](#)
- [Mitgliedsbeiträge](#)
- [National / International \(1\)](#)
- [National / International \(2\)](#)
- [Stammtischtermin](#)
- [Termine](#)

BACHELORARBEIT DIVERSITY MANGEMENT

Sehr geehrte Damen,

sehr geehrte Herren,

mein Name ist Raffaele Maucione. Ich bin Student der Hochschule für Öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg. Im Rahmen meiner Bachelorarbeit.

Diversity Management: Kerndimension sexuelle Orientierung –

Eine empirische Analyse am Beispiel des Öffentlichen Dienstes in Baden-Württemberg

möchte ich die derzeitige Arbeitssituation von schwulen, lesbischen und bisexuellen Beschäftigten sowie das derzeitige Diversity Management in Bezug auf die Kerndimension „Sexuelle Orientierung“ im Öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg untersuchen. Der Fachbegriff Diversity Management beschreibt dabei den personalpolitischen Ansatz, die Vielfalt unter den Beschäftigten als Erfolgsfaktor zu erkennen und dies gezielt bei der strategischen Personalentwicklung zu berücksichtigen.

Als Basis der empirischen Untersuchung habe ich einen Fragebogen erstellt, um dessen Beantwortung ich Sie hiermit bitte.

Den Fragebogen finden Sie unter www.studentenforschung.de/web/?id=199541

Die komplette Beantwortung der Fragen wird ca. 10 – 15 min. Ihrer Zeit in Anspruch nehmen. Bei der Auswertung der Befragung werden Ihre Angaben nur statistisch ausgewertet. Personenbezogene Daten werden hierbei nicht weitergegeben.

Sie können den Fragebogen bequem am PC ausfüllen, unter einem neuen Namen abspeichern und als Anhang per Email an rama88@earthling.net senden.

Jeder, der an der Befragung teilnimmt, erhält nach Abschluss der Untersuchung die statistische Auswertung und Analyse der empirischen Untersuchung per Email zugesandt.

Mit dem Ausfüllen des Fragebogens würden Sie mir bei der Bearbeitung meiner Bachelorarbeit sehr helfen.

Vielen Dank im Voraus für Ihre Mithilfe

PROJEKTGRUPPE LESBEN & SCHWULE (B90/GRÜNE)

Landesvorstand Thomas Ulmer hat am 16.04.2011 an der Projektgruppensitzung teilgenommen. Von MdL Brigitte Lösch berichtete zunächst über die Koalitionsverhandlungen, das Ergebnis ist zwischenzeitlich ja bekannt.

Folgende Themen wurden fernen vorgestellt bzw. diskutiert:

- Forderung an die neue Landesregierung sich für die Ergänzung des Art. 3 GG einzusetzen,
- Steuer- und Adoptionsrecht, Gleichstellung soll erreicht werden,
- Forderung nach einem landesweiten Aktionsplan für Lesben, Schwule und Transgender in Baden-Württemberg,
- Baden-Württemberg soll Vorreiter in Bezug auf Gleichstellung von Lesben und Schwulen werden,
- Familienrechtsreform/ Verantwortungsvertrag

Die nächste Sitzung der Projektgruppe findet am 09.07.2011 in Karlsruhe statt.

AGL – KONZEPT FÜR DIE POLIZEI BADEN-WÜRTTEMBERG

Im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung ist die Einführung von AgL (Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen) bei der Polizei in Baden-Württemberg festgeschrieben.

VelsPol-BW e.V. wird hierzu ein Konzept dem Innenministerium vorlegen. Das Konzept soll nach der Sommerpause diskutiert werden.

GLEICHSTELLUNG (1)



Eingetragene Lebenspartnerschaft

Gleichstellung in Besoldung und Versorgung

Die EU-Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf aus dem Jahr 2000 stellt den Ausgangspunkt für eine Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften und Ehen im Beamtenrecht dar. Die Mitgliedsstaaten wurden verpflichtet, Gesetze und Regelungen auf den Weg zu bringen, die eine Gleichbehandlung im Bereich von Beschäftigung und Beruf zum Ziel hatte. Das Magazin für Beamtinnen und Beamte gibt mit diesem Serviceteil einen Überblick über den Stand der Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften im Besoldungs- und Versorgungsrecht.

Seit wann gibt es die „Eingetragene Lebenspartnerschaft“ in Deutschland?

Seit dem Jahr 2001 besteht durch das „Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft“ in Deutschland die Möglichkeit, eine eingetragene Lebenspartnerschaft zu begründen. Das Gesetz regelt die Begründung einer solchen Partnerschaft in Anlehnung an die Ehe. In der Folgezeit wurde die Anpassung der Bundes- und Landesgesetzgebung notwendig, um eine rechtliche Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe zu erlangen. Dies wirkt sich auch auf das Besoldungs- und Versorgungsrecht der Beamtinnen und Beamten aus.

Welche Bereiche des Besoldungs- und Versorgungsrechts werden von der Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit Ehen berührt?

Im Besoldungsrecht geht es in erster Linie um die Gleichstellung beim Familienzuschlag. So wurde dieser bisher nur Beamtinnen und Beamten in einer Ehe gewährt. Im Versorgungsrecht steht die Gleichstellung bei der Hinterbliebenenversorgung im Vordergrund. So sollen fortan auch die Hinterbliebenen von Beamtinnen und Beamten in eingetragenen Lebenspartnerschaften Anspruch auf Versorgung aus dem System der Beamtenversorgung haben.

Wo ist bisher eine Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften durchgeführt worden?

In den letzten vier Jahren sind nach und nach sowohl beim Bund als auch in den meisten Ländern Änderungen im Besoldungs- und Versorgungsrecht vorgenommen worden. Eingetragene Lebenspartnerschaften werden insbesondere beim Familienzuschlag der Stufe 1 und in der Hinterbliebenenversorgung den Ehen gleichgestellt. Das Land Berlin plant zudem die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften beim Familienzuschlag der Stufe 2, wenn Kinder in den Haushalt des Lebenspartners aufgenommen werden. Noch keine An-

derungen zur Gleichstellung im Besoldungs- und Versorgungsrecht wurden in Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Thüringen und Baden-Württemberg durchgeführt. In Nordrhein-Westfalen wird derzeit über ein entsprechendes Gesetz beraten. Die Regierungskoalition aus CDU und SPD in Thüringen hat in ihrem Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2009 die Gleichstellung im Besoldungs- und Versorgungsrecht vereinbart. In Sachsen und Baden-Württemberg sind noch keine Änderungen angekündigt worden.

Können meine Besoldungs- und Versorgungsansprüche rückwirkend geltend gemacht werden?

In dieser Frage treffen der Bund und die jeweiligen Länder verschiedene Regelungen. Beim Bund kann ein Anspruch auf Familienzuschlag der Stufe 1 rückwirkend bis zum 01.07.2009 und ein Anspruch auf Versorgungsbezüge rückwirkend zum 01.11.2010 geltend gemacht werden. Anders in den Ländern: so gelten in Hamburg die Besoldungs- und Versorgungsansprüche rückwirkend bis zum 01.08.2001, dem Inkrafttreten des Lebenspartnerschaftsgesetzes. Berlin orientiert sich bei der Rückwirkung der Ansprüche an der geplanten Umsetzung der europäischen Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf zum 03.12.2003. Die Frage der Rückwirkung von Besoldungs- und Versorgungsansprüchen ist umstritten. So gab das Verwaltungsgericht Wiesbaden in einem Urteil aus dem Jahr 2010 einer Landesbeamten Recht, die eine weitreichende Rückwirkung als in der Hessischen Landesgesetzgebung festgelegt, gefordert hatte.

Wo finde ich weitere Informationen?

Die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften im Besoldungs- und Versorgungsrecht ist in den meisten Fällen in den jeweiligen Besoldungs- und Versorgungsgesetzen von Bund und Ländern festgehalten. Hier finden sich unter anderem Informationen zur Regelung der Rückwirkung von Besoldungs- und Versorgungsansprüchen. ■

GLEICHSTELLUNG (2)

Änderung der Lohnsteuerklassen, Familienzuschlag der Stufe 2 für Stiefkinder

Neue Entscheidungen

05.05.2011

das Finanzgericht Baden-Württemberg hat sich durch Beschluss vom 16.05.2011 – 9 V 1339/11 – der Rechtsprechung des Finanzgerichts Niedersachsen angeschlossen (Beschluss vom 01.12.2010 -13 V 239/10 juris), dass Lebenspartner mit Wirkung vom 01.01.2011 die Änderung der Lohnsteuerklassen von I / I in III / V verlangen können. Einen entsprechenden Mustertext findet Ihr hier:

<http://www.lsvd.de/1357.0.html>.

Ich empfehle allen, die bei den Finanzämtern solche Anträge gestellt oder die bei den Finanzgerichten den Erlass entsprechender einstweiliger Anordnungen beantragt haben, die Finanzämter bzw. die Finanzgerichte auf die neue Entscheidung des Finanzgerichts Baden-Württemberg hinzuweisen und ihnen einen Abdruck des Beschlusses zu übersenden. Ihr könnt den Beschluss hier herunterladen:

<http://www.lsvd.de/fileadmin/pics/Dokumente/Rechtsprechung4/FGB-W110516.pdf>

Es ist mir nicht möglich, alle Betroffenen einzelnen anzuschreiben.

Das Finanzgericht Gießen hat durch Urteil vom 26.05.2011- 5 K 4331/10.GI – entschieden, dass verpartnernte Beamte, die mit den Kindern ihres Lebenspartners in häuslicher Gemeinschaft zusammenleben, für ihre Stiefkinder Anspruch auf denselben Familienzuschlag der Stufe 2 haben wie verheirateten Beamte. Wenn diese Voraussetzungen bei Euch gegeben sind und Ihr bei Euren Besoldungsstellen einen entsprechenden Antrag stellen wollt, bin ich gern bereit, den Antrag gegenzulesen, bevor Ihr in abschickt, oder Euch einen entsprechenden Entwurf zu übersenden. Teilt mir dann bitte die maßgeblichen Daten mit.

Quelle: LSVD

BUNDESSEMINAR 2011

07. – 10.07.2011 in Leipzig,

Das Innenministerium Baden-Württemberg hat die Seminareinladung bereits landesweit an alle Dienststellen per E-Mail verschickt, zusätzlich wurden die Informationen und Unterlagen im Intranet der Polizei-BW unter nachstehendem Link eingestellt <http://moss.polizei-online.bwl.de/Hilfsangebote/Seiten/VerbandlesbischerundschwulerPolizeibeamter.aspx>

CSD STUTTGART 2011 / HOCKETSE



Auch in diesem Jahr wird VelsPol-BW e.V. wieder mit einem Paradewagen an der CSD-Parade in Stuttgart vertreten sein (Termin 30.07.2011).

Das Organisationsteam Danny, Thilo, Siggi und Markus freuen sich über tatkräftige Unterstützung, Kontakte zu Sponsoren werden selbstverständlich gerne angenommen.
UnterstützerInnen und HelferInnen können sich unter info@velspol-bw.de melden.

An der Hocketse der AIDS-Hilfe Stuttgart (Termin 31.07.2011, ab 11:00 Uhr) wird VelsPol-BW e.V. wieder mit einem Infostand vertreten sein.

HelferInnen werden gebeten sich unter info@velspol-bw.de zu melden.

CSD ULM / NEU-ULM 2011



Wie in jedem Jahr wird VelsPol-BW e.V. sich auch in diesem Jahr auf einem 'kleinen' CSD im Land präsentieren. Nach Lörrach und Konstanz ist in diesem Jahr Ulm / Neu-Ulm an der Reihe. Wer sich am Infostand gemeinsam mit den bayerischen Kollegen beteiligen möchte kann sich unter info@velspol-bw.de melden.

Der CSD Ulm / Neu-Ulm findet am Samstag 13.08.2011 statt, nähere Informationen gibt's unter www.csd-ulm.de.

MITGLIEDSBEITRÄGE 2011

Wie in jedem Jahr werden die Mitgliedsbeiträge für das Jahr 2011 fällig der Mitgliedsbetrag in Höhe von 15,00 Euro hat sich nicht verändert.

Diejenigen Mitglieder die eine Einzugsermächtigung erteilt haben brauchen nichts zu veranlassen, die Mitglieder die selbstständig überweisen werden gebeten den Mitgliedsbeitrag bis zum 30.04.2011 zu überweisen.

Kontoverbindung:

VelsPol-BW e.V.

Volksbank Sindelfingen

BLZ: 60390000

Konto: 412772000

Damit zusätzliche Kosten, die dem Mitglied in Rechnung gestellt werden vermieden werden, bitten wir Kontoänderungen für das Lastschriftverfahren rechtzeitig mitzuteilen.

NATIONAL/INTERNATIONAL (1)

Vorstand Thomas Ulmer hat am 18.03.2011 für VelsPol-Deutschland e.V. am Boardmeeting 2011 in Zürich teilgenommen. Das Boardmeeting fand unter der Leitung des neuen EGPA-Präsidenten Herman Renes statt. Nach einer Begrüßung durch den stellvertretenden Polizeikommandanten der Stadtpolizei Zürich wurden verschiedene Themen wie z.B. Finanzierung der EGPA, Unterstützung finanzschwacher Mitgliedsorganisationen, Sponsoring und Fortbildungsprogramme diskutiert. Thomas Ulmer hat die einzelnen Projekte der nationalen VelsPol-Organisationen vorgestellt.

Der irische Vertreter hat den Planungsstand der int. Konferenz 2012 in Dublin erläutert. Ferner wurde auf dem Boardmeeting das neue Logo vorgestellt, diskutiert und beschlossen. Die Ergebnisse werden demnächst auf der Homepage der EGPA (www.eurogaycops.com) veröffentlicht.

NATIONAL/ INTERNATIONAL (2)

Das nächste EGPA-Boardmeeting findet am 05.08.2011 in Amsterdam statt. An diesem Wochenende beginnt auch die Pride-Amsterdam (www.amsterdamgaypride.nl). Die niederländischen KollegInnen möchten allen Mitgliedern der nationalen Organisationen die Möglichkeit zur Teilnahme an der Canal-Pride(06.08.2011) geben und laden hierzu herzlich ein.

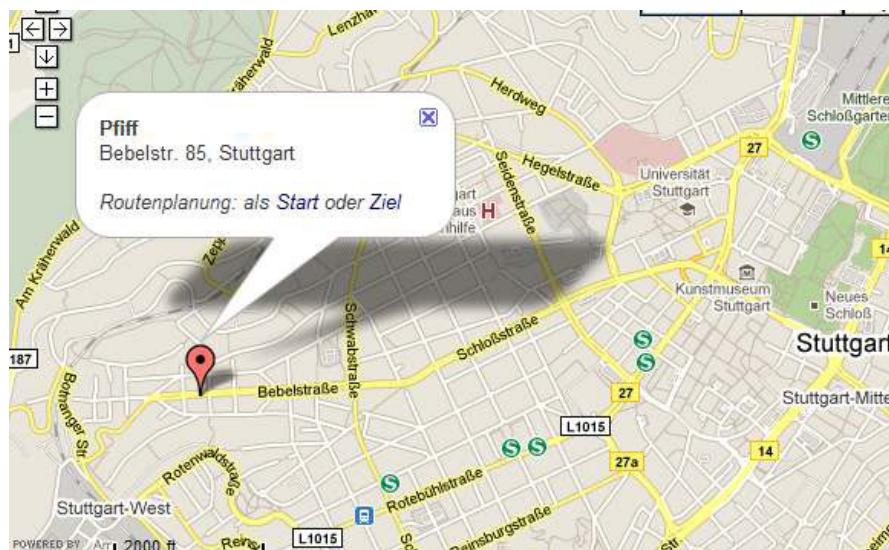
Die Kolleginnen und Kollegen der 'Landelijk Homonetwerk Politie' suchen derzeit nach einem Hotel in der Nähe des Stadtzentrums und stellen für jeden Teilnehmer eine finanzielle Unterstützung in Aussicht. Für einige Besucher besteht die Möglichkeit auf dem Gay-Polizeiboot während der Parade mitzufahren, hier entscheidet allerdings das Los.

Wer Interesse an der Teilnahme hat möchte sich bitte unter Thomas.ulmer@velspol.de melden.

STAMMTISCHTERMINE

Der nächste Stammtisch findet am **01.07.2011** wie immer um **20.00 Uhr** statt.

Wir treffen uns im Bistro 'Pfiff' in Stuttgart-West, Bebelstrasse 85 (70196 Stuttgart). Das 'Pfiff' bietet eine umfangreiche Speisekarte zu günstigen Preisen an und es wird nicht geraucht!



TERMINE

Bitte beachten

- 07.-10.07.2011 – Bundesseminar 2011 in Leipzig
 - 16.07.2011 – CSD Stuttgart; Rathaus Empfang
 - 23.07.2011 – CSD Stuttgart, Eröffnungsgala
 - 30.07.2011 – CSD Stuttgart; Politparade mit Beteiligung VelsPol-Truck
 - 01.08.2011 – Hocketse der Aids Hilfe Stuttgart; Infostand VelsPol-BW e.V.
 - 05.08.2011 – EGPA-Boardmeeting in Amsterdam
 - 06.08.2011 – Canal-Pride Amsterdam (VelsPol-BW e.V.-Besucher sind herzlich Willkommen)
 - 13.08.2011 – CSD Ulm/ Neu-Ulm; Infostand VelsPol-BW e.V. und VelsPol-BY
- Zusammengestellt:
Das Vorstandsteam
19.06.2011

Mitgliedsantrag

Aktive Mitgliedschaft
(nur Polizeibedienstete)
 Fördermitgliedschaft

Name Vorname

Strasse

PLZ/Wohnort

E-Mail

Telefon Jahresbeitrag **15,00 Euro**

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige Sie, den Mitgliedsbeitrag zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Konto-Nr.:

BLZ:

Kreditinstitut

Datum, Unterschrift

ich überweise

auf das Konto VelsPol-BW e.V.
bei der VoBa Sindelfingen
Konto 412772000
BLZ 60390000

Die Satzung und Einzelheiten
zur Mitgliedschaft finden Sie
unter www.velspol-bw.de

Verein lesbischer und schwuler Polizeibediensteter in Baden-Württemberg e.V.

AUSGABE 07 - 08

JULI - AUGUST, 2011



THEMEN

[VelsPol-BW e.V. im Radio](#)

[Dienstrecht / Gleichstellung](#)

[AgL – Konzept für die Polizei BaWü](#)

[Mitgliederversammlung](#)

[Bundesseminar 2012](#)

[CSD Konstanz / Kreuzlingen](#)

[CSD Stuttgart 2011 / Hocketse](#)

[CSD Ulm/ Neu-Ulm 2011](#)

[Canal-Pride Amsterdam](#)

[National / International](#)

[Stammtisch](#)

[Termine](#)

VELSPOL-BW E.V. IM RADIO

20:00

Schwulfunk: Jourfixe

Gäste: VelsPol (Verein lesbischer und schwuler Polizeibediensteter), Moderation: David

21:00

Schmieder

28.08.2011 20:00 UHR SCHWULFUNK: JOURFIXE

Themen: Organisation VelsPol, Akzeptanz von Lesben und Schwulen unter Kollegen, Gewalt gegen Schwule, Gewalt unter Schwulen, Cruising-Areale und Sicherheit

Am kommenden Sonntag 28.08.2011 berichtet das `Freie Radio Stuttgart` über das Mitarbeiternetzwerk VelsPol-BW e.V., im Studio berichten Stefan, Thilo und die Landesvorstände über die Arbeit des Mitarbeiternetzwerkes.

Die Sendung beginnt um 20.00 Uhr und ist im Großraum Stuttgart über UKW 99,2 Mhz , über Livestream kann die Sendung auch im Internet empfangen werden, <http://www.freies-radio.de/> .



DIENSTRECHT / GLEICHSTELLUNG

Im Juli hat der Ministerrat bzw. das Innenministerium die Gleichstellung im Dienstrechtf von Lesben und Schwulen in der Polizei Baden-Württemberg ab dem 01.01.2012 bekanntgegeben. VelsPol-BW e.V. begrüßt diesen Schritt, leider entspricht diese Regelung nicht den Forderungen der EU. Nach dieser Richtlinie (78/2000/EG) sollte Deutschland diese Anpassung schon zum 03.12.2003 vollzogen haben.

Der Landesvorstand hat sich schriftlich an das Staats-, Innen- und Finanzministerium mit der Forderung nach Rückwirkung zum 03.12.2003 gewandt. Das Staatsministerium hat auf das Schreiben wie nachstehend geantwortet. In Abstimmung mit dem LSVD sollen alle Kolleginnen und Kollegen, die eine Lebenspartnerschaft zwischen dem 03.12.2003 und dem 31.12.2011 eingegangen sind den Rechtsweg beschreiten.

Das Finanzministerium wird unser Schreiben bzw. Einwände in die Verbandsanhörung aufnehmen.



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

Staatsministerium · Richard-Wagner-Straße 15 · 70184 Stuttgart

VelsPol - Baden-Württemberg e.V.

Herr


Herr Ulmer
Vonmühle 12
70116 Stuttgart

Datum 9. August 2011
Name Frau Dr. Schneider
Durchwahl 0711 2153-367
Telefax 0711 2153-470
Aktenzeichen I 0331.2
(Bitte bei Antwort angeben)

 Ihr Schreiben vom 21. Juli 2011

Sehr geehrter Herr Ulmer,

Herr Ministerpräsident Winfried Kretschmann dankt Ihnen für Ihr Schreiben vom 21. Juli 2011. Er hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

In Ihrem Schreiben setzen Sie sich dafür ein, die von der Landesregierung mit Beschluss des Ministerrats vom 5. Juli 2011 beschlossene Gleichstellung von Beamtinnen und Beamten in eingetragener Lebenspartnerschaft rückwirkend zum 3. Dezember 2003 umzusetzen. Die von Ihnen aufgeworfene Frage fällt in die Zuständigkeit des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft. Ich habe Ihr Schreiben deshalb dorthin weitergeleitet.

Ohne den Ausführungen des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vorgreifen zu wollen, kann ich Ihnen erläutern, dass die Landesregierung in der Sitzung des Ministerrats am 5. Juli 2011 entschieden hat, dass die Gleichstellung, im Unterschied zu dem Rechtsstand in manchen anderen Bundesländern, in allen dienstrechtlichen Bereichen zu einem einheitlichen Termin erfolgen soll. Eine Abwägung zwischen den berechtigten Interessen der Betroffenen und dem Ziel einer vertretbaren Belastung des Landshaushalts durch Mehrausgaben, hat zu der Entscheidung geführt, für die Rückwirkung an das Datum 1. Januar 2009 anzuknüpfen.



Abschließend darf ich Ihnen die besten Grüße von Herrn Ministerpräsidenten übermitteln und verbleibe selbst

mit freundlichen Grüßen



Dr. Birgit Schneider

AGL – KONZEPT FÜR DIE POLIZEI BADEN-WÜRTTEMBERG

Im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung ist die Einführung von AgL (Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen) bei der Polizei in Baden-Württemberg festgeschrieben.

VelsPol-BW e.V. hat hierzu ein Konzept erarbeitet, dieses wird im nächsten Monat dem Innenministerium vorgelegt und mit Vertretern diskutiert.

MITGLIEDERVERSAMMLUNG 2011

Die nächste Mitgliederversammlung findet im Rahmen des Stammtisches am 07.10.2011 um 20:00 Uhr im Restaurant Pfiff in Stuttgart statt, alle Mitglieder sind herzlich eingeladen und willkommen.

Anmeldungen für die Teilnahme bitte an vorstand@velspol-bw.de.

BUNDESEMINAR 2012

Auf dem Bundesseminar 2011 in Leipzig wurde der nächste Veranstaltungsort für das Bundesseminar 2012 beschlossen. VelsPol-Deutschland e.V. und VelsPol-Nordwest werden das nächste Bundesseminar in Hannover veranstalten.

Als Termin wurde der 24. – 27.05.2012 festgelegt zu diesem Zeitpunkt findet parallel der CSD Hannover statt.

CSD KONSTANZ / KREUZLINGEN

Spontan haben sich einige Mitglieder von VelsPol-BW e.V. und PINKCOP aus der Schweiz zur Teilnahme am CSD in Konstanz/ Kreuzlingen getroffen.



Hier Impressionen der `Demonstrationsroute` durch Wohngebiete in Kreuzlingen.

CSD STUTTGART 2011 / HOCKETSE

Wie in jedem Jahr war VelsPol-BW e.V. auch in diesem Jahr mit einem CSD-Truck auf der CSD-Parade in Stuttgart vertreten. Mehr als 2 Stunden fuhren 25 Mitglieder und 2 Gäste aus der Schweiz auf dem CSD-Truck durch die Stuttgarter Innenstadt (siehe Bild auf Titelseite).

Der Vorstand bedankt sich bei den Organisatoren des CSD-Trucks 2011, Danny, Siggi und Thilo für die Vorbereitungen und geleistete Arbeit.



Große Resonanz erzielte VelsPol-BW e.V. auch wieder mit dem Infostand auf der Hocketse der AIDS-Hilfe Stuttgart am 31.07.2011. Der politische Wandel ist zwischenzeitlich auch auf dem CSD und der Hocketse angekommen, deshalb haben wir uns über den Besuch der stellvertretenden Landtagspräsidentin Brigitte Lösch (90/ Grüne) an unserem Infostand besonders gefreut (siehe Bild).

CSD ULM / NEU-ULM 2011



Wie in jedem Jahr hat VelsPol-BW e.V. sich auch in diesem Jahr auf einem 'kleinen' CSD im Land präsentiert. Nach Lörrach und Konstanz war in diesem Jahr Ulm / Neu-Ulm an der Reihe. Gemeinsam informierten VelsPol-BW und VelsPol-BY über ihre Arbeit in den jeweiligen Bundesländern.

Der Bundesvorsitzende von VelsPol-Deutschland e.V.

gratulierte den Veranstaltern des CSD Ulm/ Neu Ulm für die sehr gute Organisation der Veranstaltung. In seiner Rede begrüßte er die angekündigte Gleichstellung von Lesben und Schwulen im Dienstrecht von Baden-Württemberg, kritisierte aber den beabsichtigten Rückwirkungszeitraum. Ulmer forderte ferner eine rasche Umsetzung eines Aktionsplanes gegen Homophobie in Baden-Württemberg um homophober Gewalt entgegentreten zu können.

An das bayerische Innenministerium gerichtet forderte er die Einrichtung von Ansprechpartnern für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Polizei in Bayern. Ferner forderte er im Namen der VelsPol-BY-Kollegen eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem MitarbeiterNetzwerk VelsPol-BY e.V.



Gemeinsamer Infostand



CANAL-PRIDE AMSTERDAM

Vorstand Thomas Ulmer hat am 05.08.2011 als Vertreter für VelsPol-Deutschland e.V. am Boardmeeting 2011 in Amsterdam teilgenommen. Das Boardmeeting fand unter der Leitung des EGPA-Präsidenten Herman Renes statt, es wurden verschiedene Themen wie z.B. Finanzierung der EGPA, Unterstützung finanzschwacher Mitgliedsorganisationen, Sponsoring und Fortbildungsprogramme diskutiert. Thomas Ulmer hat die einzelnen Projekte der nationalen VelsPol-Organisationen vorgestellt und über das Bundesseminar 2011 in Leipzig berichtet. Die Ergebnisse werden demnächst auf der Homepage der EGPA (www.eurogaycops.com) veröffentlicht.



Das Boardmeeting war von einem Empfang im 'Grand Hotel' und der Teilnahme an der Canal-Pride begleitet. Außer dem Bundesvorsitzenden Thomas Ulmer hat Wolfgang aus Oldenburg VelsPol auf der Canal-Pride vertreten. Impressionen von der Parade können auf YOUTUBE abgerufen werden.



NATIONAL/INTERNATIONAL

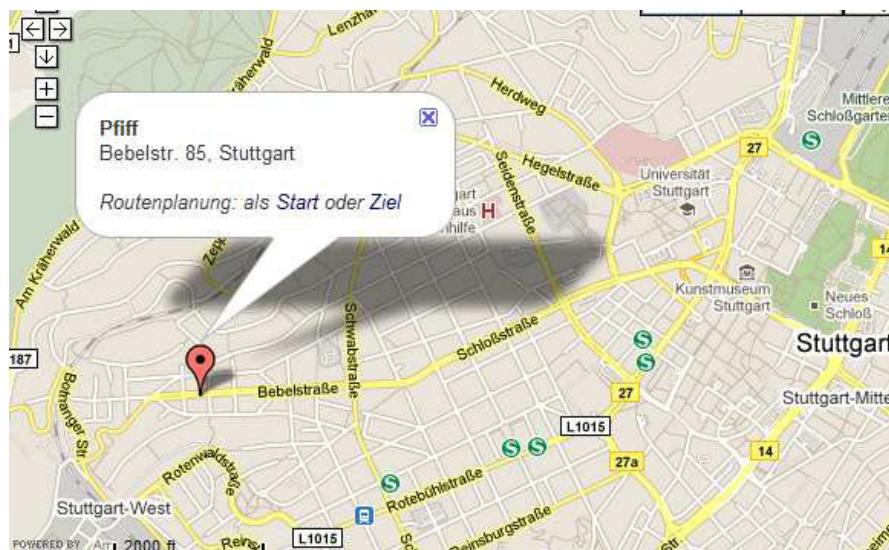
Das nächste Boardmeeting findet im Rahmen der EGPA-Konferenz in Dublin statt. Die Konferenz findet vom 28.06. – 01.07.2012 statt. Zur Teilnahme an der Konferenz sind alle Mitglieder der VelsPol-Landesorganisationen eingeladen, als Konferenzsprache wird auch deutsch angeboten (bei einer ausreichenden Anzahl von Anmeldungen aus dem deutschsprachigen Raum).

Informationen können demnächst auf der Homepage der EGPA (www.eurogacycops.com) abgerufen werden.

STAMMTISCHTERMINE

Der nächste Stammtisch findet am 002.09.2011 wie immer um 20.00 Uhr statt.

Wir treffen uns im Bistro 'Pfiff' in Stuttgart-West, Bebelstrasse 85 (70196 Stuttgart). Das 'Pfiff' bietet eine umfangreiche Speisekarte zu günstigen Preisen an und es wird nicht geraucht!



TERMINE

02.09.2011 20:00 Uhr Stammtisch

07.10.2011 20:00 Uhr Mitgliederversammlung / Stammtisch

04.11.2011 20:00 Uhr Stammtisch

21.12.2011 18:00 Uhr (Mittwoch) gemeinsamer Besuch des Stuttgarter Weihnachtsmarktes

Bitte beachten

ZUM SCHLUSS - HERZLICH WILLKOMMEN

In den vergangenen Wochen konnten wir neue Mitglieder gewinnen – herzlich willkommen!

Zusammengestellt:

Das Vorstandsteam

26.08.2011

Mitgliedsantrag

() Aktive Mitgliedschaft
(nur Polizeibedienstete)
() Fördermitgliedschaft

Name _____ Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Wohnort _____

E-Mail _____

Telefon _____ / _____ Jahresbeitrag **15,00 Euro**

() Einzugsermächtigung
Ich ermächtige Sie, den Mitgliedsbeitrag zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Kreditinstitut: _____

Datum, Unterschrift: _____

() ich überweise
auf das Konto VelsPol-BW e.V.
bei der VoBa Sindelfingen
Konto 412772000
BLZ 60390000

Die Satzung und Einzelheiten
zur Mitgliedschaft finden Sie
unter www.velspol-bw.de

Verein lesbischer und schwuler Polizeibediensteter in Baden-Württemberg e.V.

AUSGABE 12

DEZEMBER, 2011



LIEBE VEREINSMITGLIEDER,
DAS VORSTANDSTEAM WÜNSCHT
EIN ERFOLGREICHES UND GESUNDES JAHR
2012.

THEMEN

Facebook - Twitter

Äußerung der DPolG zur Homosexualität

Anerkennung

Presse - Echo

Mitgliederverwaltung

Äußerung der DPolG zur Homosexualität

National / International

Stammtischtermine

FACEBOOK - TWITTER

VelsPol-BW ist seit Jahresbeginn (2012) bei Facebook und Twitter vertreten. Alle Informationen und Termine werden ab sofort auch auf Facebook veröffentlicht. Über Twitter können Diskussionen und Meinungsäußerungen angestoßen werden.

facebook



VelsPol-BW e.V.

Gemeinnützige Organisation · Stuttgart · [Info bearbeiten](#)

Informationen

Beschreibung Polizei und homosexuell?

Wie in allen anderen Berufsgruppen auch, gibt es bei der Polizei in Baden-Württemberg homosexuelle Kolleginnen und Kollegen.

Wir sind ganz normale Polizisten, nicht mehr und nicht weniger. Nicht besser und ganz bestimmt nicht schlechter! Dennoch haben unsere Erfahrungen gezeigt, dass die Gesellschaftsgruppe von Homosexuellen einer besonderen Problematik ausgesetzt ist, da sie noch immer nicht in das vorhandene Bild der Polizei zu passen scheint. Aufklärung tut immer noch Not – und da wollen wir ansetzen. Bei unseren Kolleginnen und Kollegen und in der Bevölkerung allgemein.

Wir wollen Akzeptanz für eine menschliche Eigenschaft, die es nun mal gibt und schon immer gab. Deshalb kann Toleranz uns nicht genug sein. Diskriminierungen, Ausgrenzungen und berufliche Benachteiligungen von Lesben und Schwulen sind nicht länger hinnehmbar. Vielmehr muss es eine Selbstverständlichkeit sein, dass uns von der Gesellschaft, deren gleichberechtigter Teil wir sind, alle Menschen- und Bürgerrechte zugestanden werden.

Unser Verein wurde gegründet, um diesen Missstand innerhalb der Polizei zu beseitigen. Wir wollen dass sich niemand wegen seiner sexuellen Identität verstecken muss und die Polizei in der Gesellschaft mit gutem Beispiel vorangeht.

Schon 1995 wurden Vereine für lesbische und schwule Polizeibedienstete in mehreren Bundesländern gegründet, die jedoch verschiedene Vereinsnamen führten. Die Bezeichnung „Bediensteter“ wurde gewählt um deutlich zu machen, dass der Verein Arbeitern, Angestellten und Beamten im Polizeiberuf offen steht.

[Seite bearbeiten](#)

Administratoren (1) [Alle anzeigen](#)

Benachrichtigungen 2 [Mit einer Werbeanzeige bewerben](#)

[Alte Version der Statistiken anzeigen](#)

Gesponsert [Werbeanzeige erstellen](#)

Deine Klasse von 1982? stayfriends.de

Waren Sie 1979, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1986 in dieser Schule?

KLM Stay up-to-date about our promotions. Like us!

Gefällt mir 810,973 Personen gefällt das.

Jetzt iPhone 4S gewinnen stobag.com

Da kommt Spannung auf: Beim STOBAG Ski Cup

twitter

[Suche](#) [Startseite](#) **Profil** [Nachrichten](#) [Wem folgen](#)

[Profil bearbeiten →](#)

[Updates](#) [Favoriten](#) [Following](#) [Follower](#) [Listen](#)

velspolbw VelsPol-BW e.V. [vorsicht](#) vor 4 Minuten

Über Dich

0 Tweets | 6 Following | 1 Follower | 0 Gelistet

Following alle sehen

Finde Accounts, denen Du folgen möchtest:
[Interessen Anschauen](#)

[Freunde finden](#)

Was kommt als Nächstes?

1. **Schreibe Deinen ersten Tweet!**
 - Teile der Welt in 140 Zeichen oder weniger mit, was es Neues gibt.
2. **Richte Dein Profil ein**
 - Profilbild hochladen
 - Schreib eine kurze Biografie
3. **Twitter für Dein Mobiltelefon**

ÄUSSERUNG DER DPOLG ZU HOMOSEXUALITÄT

Im letzten Newsletter wurde über die diskriminierende Äußerung des DPoLG-Kreisvorsitzenden Krehc (PP Mannheim), in Bezug auf die Unterbringung von Kollegen während des Papstbesuches in Freiburg berichtet. Hier nun die Stellungnahme des VelsPol-BW – Vorstandes und die Reaktion/ Berichterstattung im DPoLG-Standpunkt Mannheim (Online-Magazin).

Die Mehrbettbelegung wird noch immer diskutiert

Die Standpunktredaktion informiert

Unter Bezugnahme auf einen bewusst offen gehaltenen Schlussatz in Standpunkt 41/2011, Seite 3 erreichte die Standpunktredaktion ein als Protestschreiben bezeichnetes Schriftstück des Vereins schwuler & lesbischer Polizeibediensteter in Baden-Württemberg e.V. (VelsPol-BW e.V.) mit der Bitte um Stellungnahme:

Sehr geehrter Herr Krehc, sehr geehrte Damen und Herren,
die Polizei als Spiegelbild der Gesellschaft zeigt vielfältiges Leben auch innerhalb der Polizei. So verrichten auch Lesben und Schwule Tag täglich ihren Dienst in der Polizei Baden-Württemberg. Gerade dieses Thema - Minderheiten innerhalb der Polizei- ist ein wichtiges Anliegen unserer neuen Landesregierung und des Innenministers. Aus diesem Grund ist eine Äußerung eines Personalratsvorsitzenden und Gewerkschaftsmitgliedes der DPoLG im Online-Magazin *Standpunkt Nr. 41-2011; Seite 3 unten* nicht nachvollziehbar und akzeptabel.

Als Mitarbeiternetzwerk VelsPol-BW e.V. wurden wir

von verschiedenen Kolleginnen und Kollegen aus der Kurpfalz auf Ihre schriftliche Äußerung *Papstbesuch Freiburg*, Zitat: "nämlich die getrennte Unterbringung von Männern und Frauen in Hotelzimmern. In Zeiten des Outings von Regierenden Bürgermeistern und anderen Personen des öffentlichen Lebens ist die Frage, ob diese 'Zweiteilung' der Kollegenschaft noch ausreicht. Doch auf diese Frage will ich hier nicht weiter eingehen", hingewiesen. Aufgrund dieser Äußerung müssen wir von einer Unkenntnis über Homosexualität ausgehen und hoffen nicht, dass eine homophobe Grundeinstellung der Äußerung zugrunde liegt.

Thomas Ulmer, Bundesvorsitzender,
Landesvorsitzender Baden-Württemberg

Der direkt angeschriebene Walter Krehc nahm zu dem Schreiben wie folgt Stellung (gekürzt) und hakte gleich nach, um die offene Frage von kompetenter Seite beantworten zu lassen:

Fortsetzung von Seite 5

"... Die zitierte Aussage stammt aus einem Diskussionsprozess um die Mehrbettbelegung bei der Polizei und insbesondere aus der Unterbringung von sich ansonsten fremden Kollegen in fest verbundenen Doppelbetten / Ehebetten, die ich grundsätzlich in Frage gestellt habe und zu mindest für ältere Kollegen auch für unzumutbar halte. Zunächst einmal völlig geschlechtsneutral habe ich dies mit individuellen Schlafgewohnheiten und mit dem mit fortschreitendem Alter zunehmenden Schlafstörungen begründet.

In einem als anonymer Leserbrief bei der GdP abgedruckten Bericht wurde dann nebenbei ausgeführt, dass Männer und Frauen von der Polizei getrennt in Hotelzimmern untergebracht wurden. Dies ist eine in unserer Gesellschaft übliche Trennung und ihre Nichtbeachtung wäre nach meiner Einschätzung auch heute in der Gesellschaft noch anstößig.

Selbst ... verheiratet, kann ich diese Trennung nach dem Geschlecht aus folgenden Gründen nachvollziehen:

1. Es gäbe Ängste und Eifersuchtsgefühle bei meiner Frau, wenn ich bei einem Einsatz ein Doppelbett mit einer anderen Frau teilen sollte. Mit diesen Ängsten wäre meine Frau sicherlich nicht alleine, wie ich aus Gesprächen mit Kollegen erfahren habe.

2. Beide Bettgenossen könnten naheliegend Befürchtungen haben, dass der jeweils andere "grabschen" könnte und das unter vorgetäuschem Schlaf und begründet mit

Auf diese Stellungnahme erreichte die Standpunktredaktion folgendes Schreiben von VelsPol-BW e.V., das wir der Fairness halber ungekürzt wiedergeben wollen:

Sehr geehrter Damen und Herren,
mit Verärgerung haben Kolleginnen und Kollegen des PP Mannheim und der Kurpfalz den Zusatz zum Beitrag über die Unterbringung von Kolleginnen und Kollegen zur Kenntnis genommen. Dort hatte Kollege Krech darüber nachgedacht, künftig nicht nur die getrennte Unterbringung von Frauen und Männern beachten zu wollen sondern auch die entsprechende Trennung von Hetero- und Homosexuellen ins Spiel gebracht.
So hat auch mich dieser "Standpunkt" erreicht. Als Bundes- und Landesvorsitzender von VelsPol (Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter in Deutschland/ Baden-Württemberg) muss ich diese Äußerung des Kollegen Krech energisch zurückweisen.

Grundsätzlich stimme ich den Äußerungen der KollegInnen in GdP-Digit@l und im Standpunkt zu, dass die Unterbringung von Einsatzkräften in Hotelzimmern und Ferienwohnungen mit Doppelbetten nicht optimal ist.

Anmerkung von Walter Krech: Ich bin mir nicht bewusst, den Gedanken transportiert zu haben, dass "Lesben und Schwule über alle Personen des gleichen Geschlechts herfallen oder diese verführen wollen." Das würde ich auch nicht den Kolleginnen und Kollegen unterstellen, wenn sie gemischtgeschlechtlich in Hotelzimmern untergebracht würden. Meine Fragen nach den Empfindungen der jeweiligen Lebenspartner und der Betroffenen ist mit diesem Vorwurf aber für mich noch nicht beantwortet. Vielleicht will mir dazu ja jemand aus der Leserschaft die Antworten geben.

unkontrollierten Bewegungen im Schlaf auch noch trotz Vorsatz ungestraft bleiben würde.

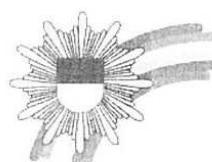
3. Beide Bettgenossen könnten es für Ihre eigenen sexuellen Empfindungen als belastend empfinden, einen sexuell attraktiven Bettnachbarn zu haben, ohne sich diesem nähern zu dürfen.

Ich denke, dass sich diese drei Argumente im gesellschaftlichen Bewusstsein als plausibel und als durch Erfahrungen bewiesen etabliert haben. ... Ich würde mich also freuen wenn Du mir mitteilst, ob nach Auffassung des VelsPol die drei o.g. Gründe für die gesellschaftsübliche Geschlechtertrennung für a) die Partner in homosexuellen Partnerschaften und b) die unter 3. genannten Empfindungen für homosexuell orientierte Frauen und Männer bei einer Zwangs-Bettgemeinschaft eine Rolle spielen können. Dass die unter 2. genannten Befürchtungen bei Kenntnis der homosexuellen Ausrichtung des Zwangs-Bettgenossen (und dabei meinte ich das "Outing..." in meinem Artikel durchaus als notwendiges und freimachendes Recht in unserer Gesellschaft gegenüber der über Jahrhunderte vorhandenen Tabuisierung und Verurteilung der zweifelsfrei auch vorhandenen Neigung) in vielen Fällen auftreten können, kann ich mir und können sich alle meine bisherigen Gesprächspartner zu dieser Fragestellung selbst gut vorstellen. ... Ergänzend dazu will ich noch anfügen, dass es Homophobie eben doch gibt und daher aus einer Homophobie herstammende Befürchtungen auch ernst genommen werden müssen. ..."

Dennoch hat das Eine nichts mit dem Anderen zu tun. Niemand kann sich seine sexuelle Orientierung aussuchen, dies sollte jedem bewusst sein bevor er solch diskriminierende Äußerungen von sich gibt.

In einer Zeit, in der alle von Akzeptanz und Toleranz sprechen sollte man gerade von einem Gewerkschafter und Personalrat davon ausgehen können, dass er sich nicht an Stammtischparolen beteiligt. Herr Krech, verabschieden Sie sich von dem Gedanken, dass Lesben und Schwule über alle Personen des gleichen Geschlechts herfallen oder diese verführen wollen.

Obwohl mir kein einziger Fall eines sexuellen Übergriffs eines homosexuellen auf einen heterosexuellen Kollegen bekannt ist, möchte ich aber den Lesern Ihres Standpunkts anbieten, sich bei uns oder auf unserer Homepage zum Thema Homosexualität in der Polizei zu informieren. Wir stehen mit Rat und Tat zur Seite – auch heterosexuellen KollegInnen, denn Homophobie ist heilbar!



VelsPol – Verein lesbischer & schwuler Polizeibediensteter in Baden-Württemberg e.V.

ANERKENNUNG

Die Berichterstattung über die Preisverleihung des 'Rosa Detlef' in verschiedenen Tageszeitungen und die Weiterverbreitung in diversen Pressepiegeln der Polizei, sowie die Reportage über den Landesvorstand 'Ich trage keine rosa Federboa' zeigt Wirkung. Hier nachstehende Reaktion des Polizeipräsidenten der LPD Freiburg.
(Die E-Mail wurde um eine persönliche Anmerkung von Herrn Rotzinger gekürzt).

Von: Rotzinger, Bernhard
Gesendet: Mittwoch, 21. Dezember 2011 18:32
An: XXXXXX
Betreff: Ein Knoten im Netzwerk velspol-bw

Sehr geehrte Frau Seiter, sehr geehrter Herr Ulmer,

ich bin jüngst über den Pressespiegel und dann über Ihre Homepage auf Ihre Organisation aufmerksam geworden und möchte Ihnen anbieten, bei entsprechender Notwendigkeit als ein Knoten in Ihrem Netzwerk Kolleginnen und Kollegen Unterstützung gewähren zu können (Gerne auch mal mit einem "Grußwort...").

[.....] Ich kann aber auch nachfühlen, wie schwierig es für Kolleginnen und Kollegen im dienstlichen Umfeld sein kann, sich zu outen.

Andererseits haben wir aber bei der LPD Freiburg gerade bei einer kleinen internen "Versetzungskonferenz" zwei Kolleginnen räumlich näher zueinander versetzt, weil wir die Lebenspartnerschaft von der Gewichtung der Kriterien einem verheirateten Paar gleichgestellt haben. Ohne weitere Diskussion, also bereits ein Stück Normalität im Alltag.

Wenn Sie also einmal Unterstützung brauchen, wenden Sie sich gerne an mich. Sie können das Angebot auch gerne innerhalb Ihrem Verein an Kolleginnen und Kollegen aus dem Regierungsbezirk Freiburg weitergeben.

Mit freundlichen Grüßen

Bernhard Rotzinger
Polizeipräsident

Regierungspräsidium Freiburg – LPD–
Büssierstr. 1
79114 Freiburg

Der VelsPol-BW – Vorstand wird im Laufe des Jahres den Kontakt zu den Polizeipräsidenten der PP'en und RP'en aufbauen.

PRESSE-ECHO

Preisverleihung „Rosa Detlef“:

Szenepreis ging an VelsPol Baden-Württemberg

Anfang des Monats wurde zum 2.

Mal der Rosa Detlef verliehen. Dieser Preis honoriert besonderes Engagement in den Bereichen Homo-, Bi- und Transsexualität und soll sowohl Einzelpersonen als auch Organisationen dazu ermutigen, Zivilcourage zu zeigen. In der Kategorie "Gruppe oder Organisation" wurde der Verein lesbischer und schwuler Polizeibediensteter in Baden-Württemberg (VelsPol) ausgezeichnet.

Die Laudatio hielt der Stuttgarter Polizeipräsident Thomas Züfle. Der Name Rosa Detlef erinnert an die Verfolgung Homosexueller während der NS-Zeit, als schwule Männer einen rosa Winkel tragen mussten. Die GdP gratuliert VelsPol recht herzlich zu dieser Auszeichnung.

Red. Nr. 49; 08.12.2011



MITGLIEDERVERWALTUNG

Der Vorstand für Finanzen bittet alle Mitglieder Kontoänderungen per E-Mail mitzuteilen. Hierdurch werden Kosten die dem jeweiligen Mitglied in Rechnung gestellt werden müssen vermieden.

vorstand@velspol-bw.de

NATIONAL / INTERNATIONAL

Das Bundesseminar 2012 findet vom 24. Bis 27.05.2012 in Hannover statt, die Planungen sind im Gange, nähere Einzelheiten werden im Januar veröffentlicht.

Die GayCopsAustria bieten auch in diesem Jahr wieder eine gemeinsame Teilnahme am Wiener Regenbogenball an. Der Ball findet am Samstag 11.02.2012 im Parkhotel Schönbrunn statt. Kostengünstige Zimmer in der Polizeiunterkunft 'Berggasse' können durch die GayCopsAustria vermittelt werden.

Die nächste EGPA-Konferenz findet vom 28.06. – 01.07.2012 in Dublin statt. Zur Teilnahme an der Konferenz sind alle Mitglieder der VelsPol-Landesorganisationen eingeladen, als Konferenzsprache wird auch deutsch angeboten (bei einer ausreichenden Anzahl von Anmeldungen aus dem deutschsprachigen Raum). Informationen können auf der Homepage der EGPA (www.eurogaycops.com) abgerufen werden.

VelsPol-Deutschland wird im Jahr 2014 die EGPA-Konferenz in Berlin organisieren. Die Konferenz findet im Rahmen der 20-Jahrfeier von VelsPol-Deutschland statt.

STAMMTISCHTERMINE

Bitte beachten

Der nächste Stammtisch findet am **13.01.2012** wie immer um **20.00 Uhr** statt.

Wir treffen uns im Bistro 'Pfiff' in Stuttgart-West, Bebelstrasse 85 (70196 Stuttgart). Das 'Pfiff' bietet eine umfangreiche Speisekarte zu günstigen Preisen an und es wird nicht geraucht!



Termine 2012

17.02.2012; 09.03.2012; 13.04.2012; 04.05.2012; 01.06.2012; 06.07.2012; 07.09.2012; 12.10.2012;
09.11.2012; 07.12.2012

ZUM SCHLUSS - HERZLICH WILLKOMMEN

In den vergangenen Wochen konnten wir neue Mitglieder gewinnen – herzlich willkommen!

IMPRESSUM

Redaktion	Thomas Ulmer	Karen Seiter
Anschrift	70180 Stuttgart	Weissenburgstr. 28 A
Kontakt	info@velspol-bw.de	
Internet	www.velspol-bw.de	

Mitgliedsantrag

Aktive Mitgliedschaft
(nur Polizeibedienstete)
 Fördermitgliedschaft

Name Vorname

Strasse

PLZ/Wohnort

E-Mail

Telefon Jahresbeitrag **15,00 Euro**

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige Sie, den Mitgliedsbeitrag zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Konto-Nr.:

BLZ:

Kreditinstitut

Datum, Unterschrift

ich überweise
auf das Konto VelsPol-BW e.V.
bei der VoBa Sindelfingen
Konto 412772000
BLZ 60390000

Die Satzung und Einzelheiten
zur Mitgliedschaft finden Sie
unter www.velspol-bw.de

Verein lesbischer und schwuler Polizeibediensteter in Baden-Württemberg e.V.

AUSGABE 11/ 12

NOVEMBER/ DEZEMBER, 2010



THEMEN

- Mitgliederversammlung
- Dienstrechtsreform
- Gleichstellungspolitik
- Bachelor-Arbeit
- National / International
- Termine

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

An der Mitgliederversammlung 2010 haben insgesamt 16 Mitglieder teilgenommen. Vorstandswahlen standen in diesem Jahr nicht an, der Vorstand und die Kassenprüfer wurden entlastet. Der neuen Satzung mit der Gemeinnützigkeit von VelsPol-BW e.V. wurde einstimmig zugestimmt, die entsprechenden weiteren Schritte werden in Kürze eingeleitet. Nach Eintragung der Satzungsänderung geht jedem Mitglied die Satzung per eMail zu.

An dieser Stelle möchte ich als Vorstand allen Vorstandsmitgliedern und den Kassenprüfer für ihre Arbeit danken.

DIENSTRECHTSREFORM

Das neue Dienstrecht in Baden-Württemberg ist im Dezember in Kraft getreten. Einzelne Mitglieder von VelsPol-BW e.V. haben erneut Klage gegen das Land Baden-Württemberg eingereicht. Es bleibt abzuwarten, ob sich nach der Landtagswahl 2011 Änderungen ergeben.

Siehe auch angehängtes PDF-Dokument des Beamtenbundes.

Zum Thema `Gleichgeschlechtliche Partnerschaften - rechtliche und politische Situation` findet am Dienstag 07.12.2010 um 19:00 Uhr eine Infoveranstaltung in Tübingen (VHS) mit Bundesanwalt a.D. Manfred Bruns statt. Veranstalter ist der LSVD.

GLEICHSTELLUNGSPOLITIK

Versprochen – Gebrochen. Die FDP und ihre Gleichstellungspolitik

Die FDP verspricht gerne die Gleichstellung von Homosexuellen. Doch die Möglichkeit, die Diskriminierung von Lebenspartnerschaften im Steuerrecht zu beenden, hat die FDP beim Jahressteuergesetz 2010 nicht genutzt. Versprochen - Gebrochen.

Das am 1. August 2001 in Kraft getretene Lebenspartnerschaftsgesetz schuf für gleichgeschlechtliche Paare das neue familienrechtliche Institut der Eingetragenen Lebenspartnerschaft. Allerdings wird es gegenüber der Ehe im Steuerrecht und insbesondere im Einkommensteuerrecht vehement diskriminiert. Lebenspartner werden bislang bei der Einkommensteuerveranlagung nicht wie Ehegatten, sondern wie Ledige behandelt und der ungünstigeren Steuerklasse zugeordnet. Darüber hinaus gibt es gezielte Benachteiligungen gleichgeschlechtlicher Familien mit Kindern, die zu einer spürbaren Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation führen, unter der auch die Kinder mitleiden müssen. Diesem Missstand wollten wir mit der Gleichstellung von Ehen und Lebenspartnerschaften begegnen. Doch die Regierungsfraktionen lehnten ab. Lediglich beim Erbschaftssteuerrecht konnten einige kleine Besserungen auf unseren Druck hin, auf den Weg gebracht werden.

Enttäuschend ist gerade die Abstimmung meiner Mannheimer Bundestagskollegin Birgit Reinemund von der FDP. Bei Empfängen und beim CSD wird die Mannheimer FDP nicht

müde, die Gleichstellung zu betonen. Hat sie aber die Gelegenheit dazu, belässt sie es bei der Rhetorik.

Antrag der B90/ Die GRÜNEN auf Gleichstellung der Ehe mit der Lebenspartnerschaft:

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/034/1703469.pdf>

Quelle: Gerhard Schick MdB/ B90/ Die GRÜNEN

BACHELOR-ARBEIT

‘HOMOSEXUALITÄT UND HOMOPHOBIE IN DER POLIZEI’

Kollege Sascha Rogge (Hochschule für Polizei) erstellt eine Bachelorarbeit zum Thema ‘Homosexualität und Homophobie in der Polizei’ dazu geht den Dienststellen demnächst eine eMail mit den Fragebögen zu. Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen sich an der Umfrage zu beteiligen.

NATIONAL/ INTERNATIONAL

International:

Regenbogenball: Der nächste Regenbogenball in Wien findet am 12.02.2011 in der Hofburg statt. Nähere Einzelheiten unter: www.hosiwien.at/regenbogenball/, zu der Veranstaltung sind alle Mitglieder von VelsPol-BW e.V. eingeladen.

Bodenseetreffen: Das nächste Bodenseetreffen findet voraussichtlich im April in Lindau am Bodensee statt, das Treffen wird von VelsPol-Bayern organisiert.

National:

Bundesseminar 2011: Das nächste Bundesseminar 2011 findet vom 07.-10.07.2010 in Leipzig statt.

TERMINE

Bitte beachten

‘Stammtisch – Dezember’: 10.12.2010, 18:30 Uhr – Gemeinsamer Besuch des Weihnachtsmarktes in Stuttgart; Treffpunkt Glühweinstand der AIDS-Hilfe Stuttgart hinter dem Rathaus Nadlerstrasse.

Stammtischtermine 2011:

14.01.2011; 04.02.2011; 11.03.2011; 01.04.2011; 06.05.2011; 10.06.2011.

*Danke an alle Mitglieder, die die
Arbeit des Vorstandes in Jahr 2010
unterstützt haben.*

*Ein besonderer Dank an Danny, Thilo
und Siggi für die Organisation der
CSD-Teilnahme.*

Das Vorstandsteam

Der Vorstand wünscht allen Mitgliedern eine besinnliche Vorweihnachtszeit, frohe Weihnachten und alles Gute für das Jahr 2011.

Das Vorstandsteam

05.12.2010

Mitgliedsantrag

() Aktive Mitgliedschaft
(nur Polizeidienstete)
() Fördermitgliedschaft

Name _____ Vorname _____
Strasse _____
PLZ/Wohnort _____
E-Mail _____
Telefon _____ / _____ Jahresbeitrag **15,00** Euro

Einzugsermächtigung
Ich ermächtige Sie, den Mitgliedsbeitrag zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

ich überweise
auf das Konto VelsPol-BW e.V.
bei der VoBa Sindelfingen
Konto 412772000
BLZ 60390000

Konto-Nr.: _____
BLZ: _____
Kreditinstitut: _____
Datum, Unterschrift: _____

Die Satzung und Einzelheiten zur Mitgliedschaft finden Sie unter www.velspol-bw.de